

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Verantwortlicher  
Herausgeber  
Dr. H. S.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,  
des Finanzamts Riesa und des Bauverwaltungsausschusses bestimmes Blatt

Postamt  
Dresden 1890.  
Verlag  
Riesa Nr. 52

Nr. 256.

Mittwoch, 2. November 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bank. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Gelingen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Jahrgangs- und Erfüllungsort: Riesa. Adressierte Unterhaltungsbeilagen können nur in der Redaktion abgegeben werden. Die Redaktion ist an der Adresse: Riesa, im Rathausgebäude, 1. Stockwerk. Telefon: 111. Druck- und Verlagsanstalt: Rieser & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Schatten der Wahl.

Unleugbar bestimmt sich das innenpolitische Leben Deutschlands immer mehr den Erfordernissen des nahenden Wahlkampfes anzupassen. Wenn in den Parlamenten die Parteien zu den zur Diskussion stehenden Fragen Stellung nehmen, so zeigt diese Stellungnahme immer härter die Tendenz, Wahlkämpfer die Vorderhand zu lassen. Wenn der Reichstagspräsident spricht, oder Minister zu ihren Gesinnungsgenossen reden, so sprechen sie nicht in ihrer Eigenschaft als Reichstagspräsident oder amtierender Minister, nur als Parteiführer. Es gibt keine Frage der parlamentarischen Arbeit, die heute noch nicht in das Bereich der Wahlbeeinflussung gerückt ist. Sei es das Problem der Verfassungsreform, sei es die Schulfrage, sei es der noch immer nicht gelöste Flaggengereit, alle diese deutschen Gestaltung und Befestigung dienenden Fragen sind bereits aus dem Bereich sachlicher Erwägungen in das Bereich der Partei-Propaganda, des Wahlkampfes getreten. Die große Masse des deutschen Volkes ist nicht schuld an dieser Entwicklung des parlamentarischen Lebens. Sie hat ihr Geschick in die Hände der Parteien gelegt, hat diese Parteien zu den berufenen Vertretern ihres Willens bestimmt, kann sich daher nicht darüber wundern, daß die Partei heute alles ist, Gestalterin der praktischen, gesetzgebenden Arbeiten, Gestalterin der Wahlen und des Wahlkampfes, der nach ihrem Willen jetzt schon zu beginnen hat.

So ist der Wahlkampf heute mehr eine Sache der Partei als eine Sache des Volkes. Das ist ein Zustand, der in der Weimarer Verfassung festgelegte Wahlordnung haben, das werden auch die unentwegtesten Bewunderer der heutigen Verfassung nicht abstreiten wollen. Eine starke Forderung zwischen dem Abgeordneten-Körper und der Masse des Volkes, das ihn zu wählen hat, herbeigeführt. Wer präsentiert heute die Kandidaten zur Wahl? Doch nicht das Volk. Kann es abgefragt werden, daß nur einer ganz geheimen Clique der Partei-Bürokratie heute das Recht vorbehalten bleibt, die Wahl unter den Kandidaten zu treffen, die Kandidaten selbst zu nominieren und sie der Partei als Ganzes, als unbestimmt zu präsentieren? Wohl kaum. Die Reichstagspräsidenten-Rede in Eisen, so bedeutsam sie war, war eine Wahl-Rede. Ähnlich verhält es sich mit den Reden, die in der letzten Zeit von Ministern oder führenden Politikern aller Partei-Schattierungen gehalten wurden. Sie alle sind Ausrufe zum Wahlkampf, Versuche, in den eigenen Reihen Ordnung zu schaffen, Auseinandersetzungen mit Gruppen innerhalb der eigenen Partei, die nicht ganz bei der Stange bleiben wollen.

Wenn wir so die Erklärung des Wahlkampfes in Deutschland bereits zu buchen haben, so drängt sich einem die Frage auf, wie sich der Reichstag der bekannten Zentrums-Interpellation über eine Wahlreform gegenüber zu verhalten gedenkt. Die Zentrums-Anfrage will ausdrücklich die von ihr aufgeworfene Wahlreform noch in dieser Session des Reichstages einer Entscheidung entgegenführen. Die rein psychologischen Erwägungen, die das Abgeordneten-Plenum der Frage einer Wahlreform entgegenbringt, machen es jedoch recht unwahrscheinlich, daß die Zentrums-Interpellation in absehbarer Zeit zu dem Endeziel führt, daß sie anstehende befürwortet. Immerhin, wenn man auch nicht recht an die baldige Verwirklichung einer Wahlreform glauben kann, so könnte man doch vielleicht hoffen, daß das Reichsparlament sich dazu verstehen wird, noch vor der Neuwahl gewisse Veränderungen in der heutigen Wahlordnung zu treffen. So dürfte es unseres Erachtens wohl keine allzu schwierige Aufgabe sein, eine Einigung für einen Beschluß zu finden, der die für ein Mandat notwendigen 60 000 Stimmen auf 80 oder 100 000 Stimmen heraufsetzt. Eine solche Beschlußfassung des Reichstages würde den heute sehr angeschwollenen Abgeordneten-Körper verkleinern, eine nicht zu verachtende Kosten-Ersparnis herbeiführen und schließlich auch die Arbeitstätigkeit der gesetzgebenden Körperschaft wesentlich stärken. Weiterhin würde man es sehr begrüßen, wenn der Reichstag sich dazu fände, die Zulassungsbedingungen für die Wahlvorschläge erheblich zu verschärfen. Dies würde zum mindesten der sich immer weiter ausbreitenden Zersplitterung der Wahlstimmen einen Damm entgegensetzen. Diese Korrekturen in der heutigen Wahl-Ordnung wären zwar nur ein Notbehelf. Was besagt, daß diese Veränderungen keinesfalls mit einer Erleichterung der Wahlreform gleichgestellten wären.

Im übrigen verdient es festzustellen zu werden, daß die heutige Partei-Hierarchie weniger als ein Ergebnis einer gesteigerten Selbstüberhebung der Partei-Bürokratie bezeichnet werden kann, denn mehr als das traurige Produkt einer unverantwortlichen Gleichgültigkeit der großen Wählermassen. Die Wählermassen sind die Träger der Partei. So können sie auch, wenn sie die Energie und den festen Willen dazu haben, ihren Einfluß auf die Auffstellung der Kandidatenlisten geltend machen. Wenn sie sich selbst ausschalten, so begeben sie sich eines großen Rechtes, vielleicht des größten Rechtes, das sie überhaupt als Partei-Mitglieder haben.

Ein kurzes Wort noch zu der Flaggengereit. Es besteht die Gefahr, daß der kommende Wahlkampf wiederum unter dem äußeren Zeichen des Flaggengereites ausgefochten wird. Gibt es etwas Klügeres und Beschämenderes, als das Herabziehen der neuen und alten Dolch-symbole in den Wassenstreit der Wahlkämpfe? Die Selbstachtung des deutschen Volkes müßte sich zu der Forderung verbinden, daß die Flaggengereit womöglich durch Schaffung einer Einheitsflagge geschlichtet wird, noch bevor den Wahlkämpfern freier Raum gegeben wird.

## Wiederbeginn der Landtagsberatungen. Mandatsniederlegung des Abg. v. Müde. — Anträge zum Reichsschulgesetz dem Rechtsauschuß überwiesen.

M. Dresden, 1. November 27.

Der sächsische Landtag nahm heute seine durch die Sommerferien unterbrochene händliche Arbeit wieder auf. Das Präsidium führt Vizepräsident Dr. Schwarz, der mitteilt, das Präsidium Schwarz und die Abg. Berg und Ullrich wegen Krankheit verhindert seien, an der heutigen Sitzung teilzunehmen. — Weiter teilt der Vizepräsident mit, daß an Stelle des Abgeordneten Dr. Schminke, der von Sachsen verziehen sei, der Schriftführer Flammiger-Eberbach in den Landtag eingetreten sei.

Sodann gelangt ein Schreiben des Abg. Hellmuth v. Müde (Nat.-Soz.) zur Verlesung, in dem er mitteilt, daß er sein Mandat niederlegt. Das umfangreiche Schreiben, in dem dieser Schritt begründet wird, erregt allseitige Fehlersicht. Verschiedene Maßnahmen und Vorschläge, so schreibt von Müde, hätten es ihm schon lange schwer gemacht, die Mandatspflicht im Parlament zu ertragen. In jeder Zeit habe er die Überzeugung gewonnen, daß das auch in parlamentarischen Kreisen gebrauchte Wort „Parlamentarismus“ in organisierter „Mühsamkeit“ richtig sei und sein Weiterverbleiben im Parlament eine Zeitverschwendung wäre.

Zu diesem Schreiben bemerkt Vizepräsident Dr. Schwarz: Der Landtag hat bisher 47 Sitzungen abgehalten. In 19 Sitzungen ist Herr von Müde überhaupt nicht dabei gewesen. Und wenn er in den übrigen Sitzungen einmal da war, dann ist er, kurz nachdem er seine Anwesenheit bekannt hatte, wieder verschwunden. Wenn er sich über die Verhandlung der Unweiserkatastrophen im Landtag beschwert, so muß darauf hingewiesen werden, daß er gerade an den Sitzungen, in denen diese Angelegenheit behandelt wurde, gefehlt hat. Obwohl er seinen Sitz in den Ausschüssen hatte, wäre es ihm unbenommen geblieben, den Ausschuss-Verhandlungen als Zuhörer beizuhören, und er hätte dort auch gehört werden können. Er ist aber nie in einer Ausschusssitzung gewesen. Das Haus wird mit mir wohl darin übereinstimmen, daß gerade Herr von Müde einer der letzten wäre, der den Vorwurf erheben könnte: „Parlamentarismus ist organisierter Mühsamkeit.“ (Allseitige Zustimmung.)

Den ersten Beratungsgegenstand bilden drei Anträge der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten zum Reichsschulgesetzentwurf.

Abg. Krat (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag mit den bekannten Argumenten seiner Partei. Er tritt für die weltliche Schule ein und beantragt, die Kostenfrage des Entwurfs werde viel zu wenig beachtet. Mit den von der sächsischen Regierung zum Entwurf gestellten Änderungsanträgen könne sich seine Partei nicht zufriedengeben. Die Schule müsse eine Sorgenanstalt für das Volk sein, nicht aber eine Vorbereitungsanstalt für das Jenseits sein.

Abg. Köhler (Komm.) lenkt den kommunistischen Standpunkt zu dem Entwurf dar. Er verlangt Zurückziehung des Reichsschulgesetzentwurfes, Annulierung des bayrischen Konkordats und Beseitigung der Artikel 140, 2 und 149 der Reichsverfassung, die die Durchführung der Einheitschule und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens verhindern.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) lehnt gleichfalls den Entwurf ab und fordert die Einheitschule. Eine Bekenntnisschule und eine weltliche Schule dürfe nur dann eingerichtet werden, wenn die am Orte bestehende Bekenntnisschule in ihrem Klassenbau darauf nicht beeinträchtigt werde. Diese Schulen dürften in ihrem Aufbau nicht wesentlich hinter der am Orte bestehenden Bekenntnisschule zurückstehen und mindestens 60 Kinder umfassen. Eine Bekenntnisschule könne Kinder eines anderen Bekenntnisses nicht aufnehmen; ebenso nicht die weltliche Schule. Der Religionsunterricht müsse, wie jeder andere Unterricht, unter der ausschließlichen Aufsicht des Staates stehen, oder aber es werde die Erteilung des Religionsunterrichts den Religionsgesellschaften selbst übertragen.

Abg. Grelmann (Dn.) bezieht den Entwurf auf die endliche Einigung eines lange gegebenen Versprechens und weil die Deutschnationalen auch inhaltlich damit einverstanden seien. Er bedauert die Stellungnahme und die Anträge der sächsischen Regierung beim Reich. Es wäre dem Ansehen der Verfassung nicht, wenn man bei jeder Wahlnahme der Reichsregierung Verfassungswidrigkeit vorwerfe. Unverständlich sei die Befürwortung der Elternrechte von Seiten des Lehrervereins, der doch früher dringend die Gründung von Elternräten gewünscht habe und, wie Aufsätze und Flugblätter zeigen, in vielen Gegenden Deutschlands auch jetzt von den Lehrern gegründet wurden, um sie für ihre Ziele einzusetzen. Die Gefahren der finanziellen Auswirkung seien weit übertrieben. Eine Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht werde von den Deutschnationalen und auch von der Weltlichkeit ausdrücklich abgelehnt. Die Gefahr der Zersplitterung der Volksgemeinschaft bestehe nur in der Phantasie der Gegner. Der Imperialismus zum Weltbürgertum erziehen wolle, müsse zuerst an die Toleranz im eigenen Volke glauben. Aus pädagogischen Gründen seien einzeln und allein Bekenntnisschulen zu befürworten, denn

nur sie würden Gewähr dafür bieten, daß wahre Charakterpersönlichkeiten herangebildet werden. Nur in Bekenntnisschulen sei es möglich, das deutsche Kulturgut und deutsche Charakterpersönlichkeiten ungehindert und unerschüttert den Schülern zu zeigen. Nur in der Bekenntnisschule sei der Lehrer frei und könne das beste Erziehungsmitglied, nämlich die Bevölkerungsfähigkeit, ungehindert in dem Dienst der Erziehung stellen. Die Einheitschule der Erziehungsbehörde, welche gegenwärtig nicht vorhanden sei und nur in der Bekenntnisschule denkbar sei. Der wahre Lehrer müsse Führer sein und als solcher in einem freien Verhältnis zu den Beworbenen Gott, Volk und Ich stehen.

## Volksbildungsminister Dr. Kaiser

geht auf einzelne Anregungen der Vorredner ein. Man solle sich hüten, unliebsame kulturelle Probleme durch das Vorziehen finanzieller Fragen zu verhindern. Einzel-erhebungen seien noch nicht erfolgt. Ein sicheres Bild werde sich erst nach Infrastruktur des Gesetzes ergeben. Ueber die Frage, ob der Entwurf gegen die Verfassung verstoße, seien sich weder die Juristen noch die Pädagogen einig. Die Stellungnahme der sächsischen Regierung sei keine förmliche Ablehnung des Entwurfs, die Regierung habe sich erstlich bemüht, Änderungen zu erzielen, ohne den Entwurf selbst zu gefährden. Die Stellungnahme der Interessierten zur Bekenntnisschule scheine weniger auf verfassungsrechtlichen, als vielmehr auf inneren Bedenken zu beruhen. Er glaube an die Möglichkeit einer Einheitschule und an die Möglichkeit einer einheitslichen Arbeit in der Schule. Die Wünsche der christlichen Eltern, auch der protestantischen Kreise, gingen nicht so sehr auf konfessionelle und dogmatische Dinge, sondern vielmehr auf die Erhaltung der allgemeinen anerkannten Werte des Christentums. Die Bekenntnisschule müsse erwidert werden; damit werde durchaus nicht der Kampf der Konfession in unser Volk verworfen. Die evangelische Kirche würde gut tun, mit uns zu gehen. Die eine rein staatliche Schule im Einvernehmen mit der Kirche hinsichtlich des Religionsunterrichts im Auge haben.

Abg. Genschel (Dn.-V.) Es handle sich hier um die Frage, ob in der bestehenden Bekenntnisschule das sozialdemokratische Erziehungsprogramm durchgeführt oder nach der Bestimmung der Verfassung dem Elternbestimmungsrecht mehr stattgegeben werden solle. Seine Partei verlange nicht der Staat entscheide, sondern nur der einzelne, der die Verantwortung trage.

Abg. Dr. ph. Gilmann: Die Reichsschulgesetzgebung sei gerade für Sachsen ein dringendes Erfordernis. Die sächsischen Schulverhältnisse seien auf die Dauer unhaltbar geworden. Der Erziehungsaberechtigten dürfe nicht ausgeschlossen werden. Es müsse wieder zu einem Vertrauensverhältnis zwischen Erziehern und Eltern kommen. In diesem Sinne sei seine Partei mit dem Antrag der Regierung zum Reichsschulgesetzentwurf im allgemeinen einverstanden und ernehme den Entwurf als eine geeignete Verhandlungsgrundlage an. Das Reichsschulgesetz soll nur ein Ausführungsstück zur Reichsverfassung sein. Darum müßten auch Einzelwünsche zurückgestellt werden. Die Bekenntnisschule, wie sie der Entwurf vorsehe, vermöchten seine Freunde nicht als verfassungswidrig anzusehen. Er glaube, daß der Entwurf, so viel man im einzelnen gegen ihn Bedenken haben könne, im Rahmen der Reichsverfassung volle Weisheitsfreiheit gewähre. Sachen vor allem werde die Weltlichkeit haben, seine verschlossenen evangelischen Schulen wieder aufzubauen. Es sei nicht Absicht des Gesetzgebers, eine neue Form der Bekenntnisschule zu schaffen. Die Konfessionsschule solle selbständige Staatsschule sein, frei von der Kirche. Das Zeitalter der Konfessionsschule sei noch nicht vorüber. Die Zersplitterung der evangelischen Kirche werde, wie aus den jetzigen Verhandlungen in Berlin hervorgehe, einer Vereinigung aller evangelischen Bekenntnisse weichen müssen. Die deutsche Volksschule müsse eine deutsche Schule bleiben und der Charakter der Schule als Staatsschule müsse erhalten bleiben. Die Bekenntnisschule gefährde nicht den Charakter der Staatsschule. Die Kirche habe kein Recht der Mitwirkung und Aufsicht in der Schule. Nur auf dem Gebiete des Religionsunterrichts sei ein Zusammenwirken der staatlichen mit den kirchlichen Behörden notwendig. Der Kampf gegen die Reichsschulgesetzgebung sei der Kampf für das Volksübergangsrecht.

Abg. Weiske (Kommunist) bezieht sich zur Bekenntnisschule, aber unter Berücksichtigung der Bekenntnisse und politischen Verhältnisse. Die sächsischen Regierung habe von ihrem Standpunkt aus alles getan, was möglich war. Hoffentlich gelinge es, für die Anträge der sächsischen Regierung eine Mehrheit zu finden.

Abg. Geyer (Dn.) spricht dem Abg. Krat gegenüber seine Bewunderung darüber aus, daß er, der für die weltliche Schule eintritt, sich als Gegner des Reichsschulgesetzes erwiesen habe. Sein Ziel der Erteilung der weltlichen Schule als Antragschule sei doch nur auf dem Wege eines Reichsschulgesetzes möglich. Die Abg. Krat und Köhler hätten es aber klar zum Ausdruck gebracht, daß für sie die Bekenntnisschule nichts anderes sei als die

weltliche Schule. Der Geist von Weimar spreche sich für die Gleichberechtigung der Bekenntnisschule, der Gemeinschaftsschule und der weltlichen Schule aus. Der Entwurf lege eine einheitliche deutsche Schule vor, die auch bei jeder Überwindung bestehen könne. Die Befürchtung des Volksbildungsministers, daß ein Aufschubrecht der Kirche über die Bekenntnisschule nach dem Entwurf möglich sei, sei unbegründet. Allerdings müsse die Kirche eine Garantie haben, daß der Religionsunterricht nach ihren Grundsätzen erteilt werde. Das Unrecht, das außerdem Sachsen durch das Volksschulübernahmengesetz angeht, könne nur durch ein Reichsschulgesetz wieder gutgemacht werden.

Damit schließt die Aussprache. Es folgen die Schlussworte. Die Anträge werden hierauf dem Rechtsausschuss übergeben. Der Rest der Tagesordnung soll in der nächsten Sitzung, die Donnerstag, den 2. Nov., nachmittags 18 Uhr stattfindet, erledigt werden.

### Der Nachfolger v. Mücke's

18. Dresden. An Stelle des aus dem schlesischen Landtag ausgeschiedenen Abgeordneten Hellmuth von Mücke, der gestern sein Mandat niedergelegt hat, tritt Dr. med. Grobe, praktischer Arzt in Gohndorf bei Freiberg.

### Wetterprognose für November.

Ausgegeben vom Deutschen Zentralbüro für astronomische Wetterkunde.

Direktor A. M. Grimm, Bad Tölz.

Dieser Monat ist das Gegenteil von seinem Vorgänger und bringt in der Hauptsache windiges und leichtes Wetter und namentlich in der zweiten Hälfte stärkeren Schneefall, besonders in den Gebirgskländern, während es an den Küstenfrühen mehr Regenschnee gibt.

Für die Pentaden können folgende Voraussagen gegeben werden:

- 1.-5.: Unbeständig mit Regen und gelegentlichen Niederschlägen.
- 6.-10.: Veränderlich, aber im allgemeinen angenehm.
- 11.-15.: Veränderlich mit wechselnder Bewölkung und wiederholten Niederschlägen.
- 16.-20.: Zu Beginn schön, dann Niederschläge, Regenwetter und zuletzt Schneefall.
- 21.-25.: Kaltes Wetter mit Regen und Schnee.
- 26.-30.: Veränderlich mit gelegentlichen Niederschlägen, Erwärmung.

### Dortliches und Sächsisches.

Riesa, den 2. November 1927.

Wettervorhersage für den 3. November. Mitteltendenz von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden. Weiterhin mild bis sehr mild. Teilweise Nebel einfließen zeitweilig aufklärendes Wetter. Dortlich vorübergehend unbedeutende Regenschauer. Mäßige, höhere Lagen lebhaft bis aus Südwest.

Daten für den 3. November 1927. Sonnenaufgang 6,54 Uhr. Sonnenuntergang 16,32 Uhr. Mondaufgang 14,86 Uhr. Monduntergang 23,45 Uhr.

1500: der italienische Goldschmied und Bildhauer Benvenuto Cellini in Florenz geb. (gest. 1672). 1871: der Schriftsteller Hans Fein in Düsseldorf geb. 1918: Beginn der Revolution in Deutschland mit dem Aufstand der Matrosen in Kiel; Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten.

Bei der Stadtparade in der Nacht zum 3. Oktober 1927 auf Gelaugsfelder eingeschaltete 174 833 W.M. in 1172 Borden - dagegen zurückgezogen 90 849 W.M. in 424 Borden. - Im Monat Oktober 1927 wurden 142 Einlagebücher ausgestellt. Das Einlagegut betrug bis Ende 1927 auf rund 2 505 000 RM.

Heimatliedervorträge. Nächsten Donnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr, beginnen in Hofpeters Hotel in Riesa die neuen Heimatliedervorträge mit einem besonders aussergewöhnlichen Programm, in dem als Vortragende Pfarrer W. Hoffmann, Chemnitz, Kirchenmusikdirektor Franziskus Kogler, Leipzig, Schriftsteller Kurt

### Das Theater als Stätte hygienischer Volksbelehrung.

#### Dias - Tragödie eines Sportlers in 8 Bildern.

Das Bestreben der hygienischen Volksbelehrung ist seit ihrem Bestehen darauf gerichtet, möglichst weite Kreise der Bevölkerung zu erreichen und vor den der Gesundheit drohenden Gefahren zu warnen. Daß die hygienische Volksbelehrung ein täglich wichtiger werdender Bestandteil unserer Gesundheitswesen ist, darüber dürfte bei der heute herrschenden sozialen Not, die uns mehr denn je auf die Wichtigkeit eines geordneten Volkserziehungs Wert legen läßt, überall nur eine Meinung sein. Eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Gebiet der hygienischen Volksbelehrung ist die Aufklärung über die Gefahren des Geschlechtsverkehrs, die Geschlechtskrankheiten. Man hat bisher mit mehr oder weniger Glück versucht, diese Belehrung gewissermaßen verhältnis zu tragen, indem man im Spiel den Ernst gewisser Fragen den Massen näher zu bringen suchte. Zwei Möglichkeiten waren dazu geboten: Das Theater und der Film. Zu einer Zeit, die noch gar nicht allzu weit hinter uns liegt, folgte ein Aufführungssystem dem andern, ohne daß jedoch mit wenigen Ausnahmen das erstrebte Ziel erreicht worden wäre. Man kann daher der schauspielerischen Darstellung auf der Bühne sicherlich den Vorzug erteilen, da hier die Kunst des Darstellers es gestattet, die wesentlichen Momente so hervorzuheben und zu gestalten, daß sie sich dem Gedächtnis fest einprägen und haften bleiben.

Um einem wirklichen Bedürfnis auf dem Gebiete der hygienischen Volksbelehrung abzuhelfen, wurde die Sporttragedie „Dias“ geschrieben, die im vorigen Jahre mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten anlässlich der Reichsaufstellungswoche im Staatl. Schauspielhaus zu Berlin zum ersten Male zur Aufführung gelangte.

Dank der Bemühungen unseres sächsischen Volksbildungsamtes ist es gelungen, auch die diesjährige Einwohnerschaft mit diesem bedeutsamen Werke bekannt zu machen. Im insbesondere auch den Jugendlichen die so dringend notwendige Aufklärung anzubringen zu lassen, fand am Vormittag für die älteren Schulklassen eine Sonderaufführung statt. Am Abend war der geräumige „Stern“-Saal bis auf den letzten Platz besetzt, und viele, die noch Einlass begehrten, mußten leider zurückgewiesen werden. - Die Wirkung des Stückes, das von hervorragenden Berliner Künstlern - 3 Damen und 8 Herren - meisterhaft wiedergegeben wurde, war eine außerordentlich starke. Das Publikum war von dem traurigen Schicksal des Soldaten der Sächsischen Infanterie, der im

Ernstes Hindernis, Dresden u. a. vertreten sind. - Näheres wird nach bekanntgebehen!

Andreas Weisgerber, der weltbekannte Geiger, wird zum ersten Male in unserer Stadt am 8. November zu hören sein. Dieses musikalische Ereignis wird von dem funktionierenden Publikum unserer Stadt mit besonderer Freude begrüßt werden, da Weisgerber mit einem ersten Programm aufwartet. In der Mitte des Programms steht das gewaltige Werk der Violinliteratur, die Toccata von Bach. Vorher gelangt das herrliche Dubur-Ronzert von Mozart zum Vortrag. Im zweiten Teile wird der gefeierte Geiger eine Reihe exzellenter bekannter Kammerstücke von Mozart, Brahms, Granados, Wieniawski und Paganini spielen. - Der Vorverkauf ist bereits eröffnet. (S. Anzeigenteil.)

Die Freie Vereinigung ehem. Ref. Inf.-Regt. 102 Riesa und Umgebung hat für den Sonntagabend in den Sternsaal zur Feier ihres diesjährigen Stiftungsfestes geladen. Man war der Einladung in weiten Kreisen unserer Einwohnerschaft gern nachgekommen, so daß der geräumige Sternsaal bis auf den letzten Platz - es mochten wohl 1000 Personen anwesend sein - gefüllt war. Die Vortragsfolge war von dem verdienstvollen Festausschuhmann Herrn Paul Rube und seinen Helfern mit viel Eifer und Geschick ausgearbeitet worden und versprach außergewöhnliche künstlerische Genüsse. Die Erstenamen verfolgten denn auch mit großem Interesse die musikalischen Darbietungen und die Tanzaufführungen und blühten von dem Gebotenen hochbefriedigt gewesen sein. Der künstlerische Teil wurde ausgeführt von der Stadtmusikkapelle Riesa unter Leitung des Herrn Musikdirektor Olfert, der den Abend mit dem Marsch „Ein Herz dem Ref.-Inf.-Regt. 102!“ von Fr. R. Golle einleitete. Eröffnend in der Instrumentierung, fand diese neue Komposition unseres einheimischen Tonsetzers R. Golle dankerfüllten, herzlichen Beifall. Sämtliche Darbietungen der Kapelle, einschließlich der solistischen Gaben, wurden mit vorzüglicher Sauberkeit und Akkuratheit zur Ausführung gebracht, so daß über die Leistungen der Riesaer Kapelle einstimmig Lob herrschte und man vielfach den Wunsch hören konnte: „Hoffentlich kommen die Riesaer bald wieder einmal nach Riesa.“ Eingekreuzte Balletaufführungen dieser und auswärtiger Kräfte unterdrängen recht angenehm die überreiche Fülle des Darbietenen. Fr. Juste Hesse, Mitglied der Sächs. Staatsoper zu Dresden, erntete mit ihren entzückenden Solotönen, die in ihrer Anordnung eine Steigerung in Sill und Ausdauer erkennen lassen, reichen Beifall. Als vortreffliche Beirnehmerin erwies sie sich in den Aufführungen zweier ihrer Schwestern, die im Menett, Volks- und grotesken Stil schon recht gut beherrschen und im ganzen viel Talent verrieten. Die Leistungen dieser Meinen machten ihrer Lehrerin alle Ehre. Die musikalische Illustration zu den Tänzen betritt Herr Walter Käthe am Klavier. Wie schon bei anderen, erntete auch diesmal Herr Johannes Schneider durch eine Gabe. Unter seiner Leitung stand der Märchentanz „Waldfestein und Märchenprinz“, ein Bild von weitenstehender Schönheit, in welchem Fr. Gertha Ehrhardt und Fr. Charlotte Sobie ihr fortgeschrittenes Können offenbarten. Auch ihnen wurde reiche Anerkennung zuteil. Ein großer Festball beschloß die Feier, die wohl allen Anwesenden eine schöne Erinnerung bleiben wird.

Die Ortsgruppe Riesa des ehem. Landwehr-Inf.-Regt. 102 feierte in der „Eldstraße“ ihr 4. Stiftungsfest mit Bannernweife. Die Veranstaltung nahm einen sehr guten Verlauf. Ein von Fr. Dämmig vortragender Voloq erntete reichen Beifall. Die Begrüßungsansprache hielt der rührige Vorsitzende Kamerad Dämmig, welcher die zahlreichen Gäste, sowie die Vertreter der Ortsgruppen Dresden, Leipzig, Großenhain und Meißen, wie auch den 2. Vorsitzenden des LW. Kamerad Barth-Bischopau willkommen hieß. Anschließend erfolgte die Weife eines schönen Tischbanners. Nach einem von Frau Dämmig gesprochenen Festgedicht wurde das von den Frauen gestiftete Banner den Kameraden übergeben, worfür der Vorsitzende herzlich dankte. Sodann sprach der 2. Vorsitzende des LW.; er spornete zur gemeinsamen Weiterarbeit an und erinnerte an die altbewährte Kameradschaft. Darauf ergab der Vertreter der Ortsgruppe Dresden das Wort und überreichte unter herzlichsten Grüßen eine Bannerröhre. Sodann sprach der Vertreter der Ortsgruppe Leipzig. Er gedachte ehrend der lieben gefallenen

feiner Unerkenntheit der Versuchung erliegen ist, aufstiege ergreifen. Im folgenden sei der Inhalt des Stückes, dessen Eindringlichkeit durch die wirkungsvollen Bühnenaufnahmen noch vertieft wurde, geschildert: Dias, ein bedeutender Bangredensläufer, ist der Held des Stückes. Nach großen Sportserfolgen, die das höchste von ihm erzielte Lieben und seine Nennung zu den olympischen Spielen bewirkten, hat er plötzlich verläßt und ist zusammengebrochen. Da niemand sich dies zu erklären vermag und persönliche Nachlässigkeit Dias angenommen wird, droht ihm von Seiten der Sportverbände die Disqualifikation. Nur mit Mühe und Ausbietung aller persönlichen Verehrlichkeit vermag sein Freund und Trainer Tom in der entscheidenden Sitzung, zu der auch Dias erscheint, dies zu verhindern; es soll Dias Gelegenheit gegeben werden, bei der nächsten großen sportlichen Veranstaltung die Schwärze auszuwaschen und die Farben des Verbandes zu neuem Siege zu führen. Dias und sein Freund sind gewiß, durch gemeinsame Arbeit das Ziel zu erreichen und verlassen in hochgemuter Stimmung den Sitzungssaal.

Im zweiten Bilde eine häusliche Szene. Dias und Gerda, die Schwester von Dias und Tom, sind gleichzeitig von Jugend her innig befreundet und lieben den Wunsch, diese Freundschaft durch wechselseitige Verlobung und Eheschließung mit den Brüdern zu festigen und für das ganze Leben dauernd zu machen. Die männlichen Partner werden überumpelt und auf ihre Gefühle ganz aufmerksam gemacht. Das Resultat ist gemeinsame Verlobung und Festsetzung des Eheminstes sowie der Hochzeitreise nach Dias Sieg in der nächsten sportlichen Veranstaltung, an dem keinerlei Zweifel angeht werden. Scheint doch Dias kräftiger, ausdauernder und trainierter denn je zu sein.

Das nächste Bild bringt den Umschwung! Wir erleben als Zuschauer den Weillaut im Stadion, wir sehen Dias anfingliches Spitzhalten, sodann sein Nachlassen und seinen völligen Zusammenbruch. Unter dem Jubel und Pfeifen der entzückten Zuschauermenge verläßt Dias, völlig gebrochen, den Sportplatz, sein Freund und die Schwester folgen ihm erschütterter.

Begen seines körperlichen Versagens sucht Dias in Begleitung seines Freundes Tom einen Arzt auf. Durch genaue Untersuchung wird fest der Grund seines sportlichen Misserfolges aufgedeckt: er ist syphilitisch! Eine Siegesfeier mit nachfolgendem Besuch einer Bar, alkoholisiertem Erath und Verkehr mit der Vermauld haben den Keim zu der schweren Krankheit eingeplant, die, im Anfang nicht beachtet, jetzt nach längerer Zeit in ihren unheilvollen Folgen sich bemerkbar macht. Aufklärend und trübend zugleich spricht der Arzt zu Dias; noch kann alles gut werden, wenn er sich gewissenhaft behandeln läßt und die Dose so lange hinauschiebt, bis völlige Heilung eingetreten ist. Dias verspricht dies und auch sein Freund Tom gibt dem Arzt sein Wort, aber der gewissenhaften Befolgung der ärztlichen Rat

schläge zu machen. Aber die Freunde haben die Rechnung ohne die Frauen gemacht. Es erscheint den Mädchen unverkennlich, eine Krankheit, von der man doch gar nicht so viel zu sprechen pflegt, für so gefährlich zu halten und deswegen sogar die Dose aufzuschließen. Wenn der Arzt die Ehe verbietet, nun, so muß ein anderer helfen, und da fällt Dias Schwester die Adresse eines Wunderdoktors Winkelmann ein, der aus den Mädchenhaaren unheilvolle Diagnosen zu stellen versteht und Heilung auch in den verzweifeltsten Fällen ermöglicht. Er soll auch Dias helfen, und willig beugt dieser den Nacken, und sie zur Diagnose notwendigen Haare fallen unter Theas Schere.

Das nächste Bild zeigt die Bar, die Dias einstmals zum Verhängnis wurde. Alles ist noch wie ehedem, sogar die Barmaid ist dieselbe geblieben und treibt ihre alten Verführungskünste. Dias und Tom sind eine zeitlang Zuschauer des Betriebes; erst als ein junger Baride, ein Herold unserer heutigen Großstadt, den Tom und das Leben in den Nacht- und Schlemmerlokalen über alles erhebt und den Sport als Schwindel und Mode verpödet, mischen sich die beiden Freunde ein. Dias schleudert im Verlauf der Auseinandersetzung der Verfälscherin seine Anliegen ins Gesicht, ein zweckloses Unterfangen, denn auch sie hat ja einstmals ein Mann unglücklich gemacht und angeheult, wie sie zu ihrer Entschuldigung anführt. Wer ist überhaupt hier als schuldig zu bezeichnen? Mit dieser stummen Anklage der Gesellschaftsmoral schließt das Bild.

Im Sprechzimmer des Kurpfuschers, Unverständlicher Unfug, in tönenden Säben aneinander gereiht, erscheint den beiden Hölle suchenden Mädchen als höchstes Wissen. Alles ist ihnen recht, wenn nur Dias gesund wird und die Dose baldigst statfinden kann. Der Kurpfuscher betont die Darmlosigkeit der Erkrankung Dias unter Hinweis auf die Renalität des Uebelhandens der Baride; in wenigen Tagen wird alles durch seine Abheilung wieder in Ordnung sein, und für eine Dose sei diese Kleinigkeit keinesfalls ein Hindernis.

Zwischen diesem Bild und dem folgenden letzten liegen vier Jahre. Die Warnung des Arztes hat man in den Wind geschlagen, den Besonnenen und erwachsenen Worten des Kurpfuschers Glauben geschenkt und gehorcht. Die furchtbaren Folgen erblüht der Zuschauer in diesem Akt: Dias' Gattin, von ihm angestiftet und durch mehrere Fehlgelübten geschmeichelt, erwartet wieder ein Kind. Wegen ihrer großen körperlichen und seelischen Beschwerden wird der alte Arzt gerufen, der voll Mitleid die schweren Folgen des schmerzhaften Handelns des Helden erblüht. Er will Dias sprechen und ihm das Gewissen säubern, als dieser in sein Heim zurückkehrt. Zu spät hier ist keine Hilfe mehr! Die Dias, der schon in der letzten Zeit Wahnsinn hegte, führt die größten Häuser aller Zeiten hell, bricht die Paralyse aus. Mit diesem furchtbaren Ende, der Zerstörung der Familie durch die Sünde, schließt das tieferste Schauspiel

Kameraden und Aberrichte einen Bannernagel. Wetter übermittelten Grüße die Vertreter der Ortsgruppen Großenhain und Meißen. Musikalische und humoristische Vorträge trugen des weiteren zur Hebung der Festimmung bei. Nach beendeter Vortragsfolge beteiligten sich die Erschienenen lebhaft an dem Längen, das bis zu vorgedachter Nachmittags jung und alt befeimend ist. Die schönen Stunden gingen nur allzu rasch dahin, sie werden allen Beteiligten in angenehmer Erinnerung bleiben.

Wegen Zugaben beim Abfag von Nahrungs- und Genussmitteln. Der Einzelhandelsaustausch und der Hausaustausch für Nahrungs- und Genussmittel haben in Uebereinstimmung mit der Volkversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin folgende Erklärung einstimmig beschlossen: Alle Zugaben beim Abfag von Nahrungs- und Genussmitteln sind abzulehnen, weil sie die Verbraucher über den wirklichen Wert der angebotenen Ware täuschen und irreführen. Der Einzelhändler, welcher Wert darauf legt, seine gute Ware preiswert in den Verkehr zu bringen, kann keinerlei Zugaben wie Zucker, Margarine, Tafelzucker, Konservierungsstoffe, Farbstoffe, Aromastoffe, Essenzstoffe und dergl. gewähren. Jeder reelle Kaufmann wird, wenn er seine Ware billiger abgeben kann, den Preis der Ware senken und nicht durch Zugaben, die nicht ausschließlich Nahrungsbedürfnisse dienen, das Preisbild verfälschern. Auch die Verbände der Verbraucher, des Nahrungsmittels, Einzel- und Großhandels haben die Verbraucherchaft hierauf aufmerksam gemacht und empfohlen, wo Warenzugaben solcher Art angeboten werden, im eigenen Interesse alle diese Warenzugaben zurückzuweisen und statt dessen entsprechende Herabsetzung des Preises der gewünschten Waren oder den Gegenwert der Zugabe in bar zu verlangen.

Drei Großprogrammteile der Mirog. Am Mittwoch, Donnerstag und Freitag bietet der mitteldeutsche Rundfunk, wie bereits gemeldet, besonders hervorragende Abendprogramme. Am Mittwoch wird aus der Berliner Staatsoper Sufonis Oper „Doktor Faust“ übertragen. An den beiden anderen Abenden werden Darbietungen aus dem Dresdener Vespereungsraum gezeigt, und zwar am Donnerstag die Straußsche Operette „Die Fledermaus“, am Freitag Vorträge des Kammerängers Richard Tauber und des Komponisten Franz Sedra. Die Darbietungen des Freitagprogramms werden gleichzeitig auf sieben deutsche Sender übertragen, und zwar Dresden, Leipzig, Pommerschen Hof, Frankfurt a. M., Regensburg, Stuttgart und Freiburg i. B.

Beitrag der armen Bevölkerung von Schönwald! Auf den feinerzeit erfolgten Aufruf der Hochwasserhilfe für Schönwald, sich Pirna, sind eine Menge Preisgaben von nah und fern eingegangen. Das arme Volk in dem vom Hochwasser so schwer geschädigten Schönwald konnte mit dem Notwendigsten, was ihm das kalte Element geraubt hatte, wieder versehen werden. Aber die von den Gläubigen hart mitgenommenen, unbewohnten Häuser stehen noch immer im gleichen Zustand. Die Hilfe vom Staate wird vergeblich erwartet. Die der Hochwasserhilfe zugegangenen Geldspenden reichen noch lange nicht aus, und durchreisend beim Aufbau mitzuwirken. - Es ergibt deshalb nochmals an alle, die unsere Brüder und Schwestern nicht verlassen wollen, die heralliche Bitte, der Hochwasserhilfe für Schönwald weitere Geldspenden zur Verfügung zu stellen, damit der Bau der neuen Wohnstätten in Angriff genommen werden kann. - Geldspenden sind zu senden an Stadtbankdirektion der Hochwasserhilfe für Schönwald in Pirna, Nr. 1880, oder Postcheckkonto der Stadtbank Pirna, Dresden Nr. 31 186.

Talperrenschutz im Müglitztal. In einer Versammlung des Vereins für Wasserwirtschaft im Müglitztal führte der Vereinsvorsitzende, Ingenieur Günther, aus, daß nur der Bau von Talperren mit genügend großen Fassungsdräumen ausreichenden Schutz gegen Wasserkatastrophen geben könnte. Zwei Monate nach der diesjährigen Katastrophe haben der Finanzminister Weber in Gemeinschaft mit Ministerialdirektor Dr. Sörger und den Vertretern des Vereins für Wasserwirtschaft Talperrenprojekte mit einem Fassungsraum von 2 ½ Millionen Kubikmeter in Aussicht gestellt, und am 12. September sogar zu einer Beratung des bereits ausgearbeiteten Geschenwurfs über die Leistungen der Anleger zu den Talperrenkosten eingeladen. Das Müglitztal glaubte hiermit Zusagen zu haben, sah sich aber durch den weiteren Verlauf der Angelegenheit bitter enttäuscht. - Das neuerdings aufgeworfene Projekt der Errichtung von Rückhalteämmen an Stelle von Talperren sei zu verwerfen. Diese würden zwar einen gewissen Schutz gegen das Hochwasser bieten, aber die Wassermengen,

die die Verantwortlichkeit betragend für wasserarme Stellen... in kurzer Zeit abfließen lassen. Auch alle sonst...  
Bundestag ehemaliger höherer...  
Kantlage...  
Straßenbeleuchtung...  
D 5 b e l n. Scherer Unfall...  
Diesbar. Am Donnerstag nachmittag...  
S i e b e n l e h n. Eine Indien-Reise...  
D r e s d e n. Sittlichkeitsverbrechen...  
S i e b e n l e h n. Eine Indien-Reise...  
D r e s d e n. Sittlichkeitsverbrechen...

—a. Dresden. Auto und Straßenbahn. In dem...  
D r e s d e n. Verhängnisvolle Schwarzfahrt...  
D r e s d e n. Zwei schwere Jungen vor Gericht...  
D r e s d e n. Rückwärtslose Autofahrer...  
B a u s e n. Ein Sturm im Raolinwerk...  
D r e s d e n. Rückwärtslose Autofahrer...  
D r e s d e n. Ein gefährlicher Unhold festgenommen...  
S i e b e n l e h n. Eine Indien-Reise...  
D r e s d e n. Sittlichkeitsverbrechen...

Wagners. Ein neues Bezirkskrankenhaus...  
B u r g h a b t. Eröffnung der Gewerbe- und Fachschule...  
S c h n e e b e r g. Die alljährliche Wanderversammlung...  
R i c h t e r g. Ein Verbrecherflecken...  
S w i d a u. Ein seltsames Autounfall...  
D a l l e. Verbindlichkeitsklärung eines Schieds...

Wagners. Ein neues Bezirkskrankenhaus...  
B u r g h a b t. Eröffnung der Gewerbe- und Fachschule...  
S c h n e e b e r g. Die alljährliche Wanderversammlung...  
R i c h t e r g. Ein Verbrecherflecken...  
S w i d a u. Ein seltsames Autounfall...  
D a l l e. Verbindlichkeitsklärung eines Schieds...

Wagners. Ein neues Bezirkskrankenhaus...  
B u r g h a b t. Eröffnung der Gewerbe- und Fachschule...  
S c h n e e b e r g. Die alljährliche Wanderversammlung...  
R i c h t e r g. Ein Verbrecherflecken...  
S w i d a u. Ein seltsames Autounfall...  
D a l l e. Verbindlichkeitsklärung eines Schieds...

Wagners. Ein neues Bezirkskrankenhaus...  
B u r g h a b t. Eröffnung der Gewerbe- und Fachschule...  
S c h n e e b e r g. Die alljährliche Wanderversammlung...  
R i c h t e r g. Ein Verbrecherflecken...  
S w i d a u. Ein seltsames Autounfall...  
D a l l e. Verbindlichkeitsklärung eines Schieds...

Wagners. Ein neues Bezirkskrankenhaus...  
B u r g h a b t. Eröffnung der Gewerbe- und Fachschule...  
S c h n e e b e r g. Die alljährliche Wanderversammlung...  
R i c h t e r g. Ein Verbrecherflecken...  
S w i d a u. Ein seltsames Autounfall...  
D a l l e. Verbindlichkeitsklärung eines Schieds...

### Das Wahlprogramm des D.D.B. zur Angestelltenversicherungswahl.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...  
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband...

# Das Riesaer Tageblatt

ist die älteste, größte und verbreitetste Zeitung am Platze.  
Im Monat Oktober erschienen 25 Nummern mit insgesamt 372 Seiten.

**Inserate** finden größte Beachtung und haben besten Erfolg.

**Freiberger Landsmannschaft „Glückauf“ Riesa.**  
Unter diesjähriges Stiftungsfest bestehend aus Theater, Vorträgen u. Ball, findet Sonnabend, 5. November, im Hotel zum Stern (kleiner Saal) statt. Alle Freiberger u. Interessenten nebst Angehörigen werden hiermit ergeblich eingeladen. Einlaß 7 Uhr. Der Festausdruck. Die Dresdner und Chemnitzer Landsmannschaften sind alle anwesend.

### Vereinsnachrichten

**Chorverein.** Do. 3. 11., punkt 8 Uhr, letzte Proben. Samson, 2. Akt.  
**Singsverein Liedertafel, Weida.** Morgen abend 8 Uhr Versammlung im Gasthof Walthers.  
**Gesangsverein Riesa-Weida.** Donnerstag 3. Nov., abds. 8 Uhr Versamml. Café Edelweiß

### Besucht die Heimatschutz-Vorträge.

Beginn Donnerstag, 10. Novbr., abends 8 Uhr  
**Höpfners Hotel, Riesa.**  
Näheres wird noch bekannt gegeben.

### Hotel Wettiner Hof.

Donnerstag, den 3. November  
**Schlachte-Fest.**

10 Uhr vormittags Wellfleisch, später die bekannten Schlachtgerichte.

### Café Central

bietet ein wirkliches Künstler-Konzert.  
Trockel-Quartett. Neue Kabelle.

### Zucht- und Milchvieh-Verkauf.

Von Sonnabend, den 5. Nov. an, steht wieder ein reich. Transp. v. 25 Stück bester Kühe und Kalben hochtragend u. mit Rälbern, sowie prima Zuchtbullen sehr preiswert zum Verkauf. — Schlachtvieh wird zu höchsten Preisen angenommen.  
Riesa-Weida. Fernsprecher 179.  
P. Richter u. Fricke.

### Prima frisches Fichten- und Tannenreisig

ist eingetroffen und empfiehlt in großen und kleinen Mengen billigst

Gärtnerei Hammitzsch, Fernsprecher 389.

### Für die freundl. erwiesenen Aufmerksamkeiten zu unserer Vermählung danken herzlichst.

Anton Redzia und Frau  
Martha geb. Scheinert  
nebst Eltern.  
Riesa.

### Für die uns zu unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir allen, zugleich im Namen unserer Eltern, herzlichsten Dank.

Riesa, Friedrich Witt-Str. 14, 1. Nov. 1927.  
Erich Rinschel u. Frau Frieda geb. Kubisch.

### Am t l i c h e s.

Sonnabend, den 5. November, vorm. 11 Uhr sollen im Finanzamt Riesa, Zimmer Nr. 20 3 Fahräder (neu), 1 Schreibmaschine H. C. O. und 1 Gramophon öffentlich meistbietend versteigert werden.  
Finanzamt Riesa.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Straße Glaubitz-Cöllmnitz und am Feldwege nach Radewitz liegt beim Postamt in Riesa vom 4. November ab 4 Wochen aus.  
Dresden-R. 6, 23. Okt. 1927. Telegraphenamt 2.

**Voranzeige!**  
Dienstag, den 8. Nov., 8 Uhr, Sächsischer Hof, Konzert des weltberühmten Geigenkünstlers **Andreas**

### Weißgerber.

Vorverkauf ist bereits eröffnet in der Buchhandlung Joh. Bille.



### Spezial-Wecker für festen Schlaf

haben Mal in kurzen Abständen machend, das Beste, was es gibt  
**B. Költzsch,** Wettinerstr. 37  
Ecke Rosenpl.

Möbelwagen — Broermann fragen.

### Süße 95 Pfg.-Woche!

Aus Anlaß der Wiederkehr des Tages, an dem ich vor 1 Jahr mein hiesiges Zweiggewerbe eröffnete, gewähre ich bis einschl. Sonnabend, den 5. Nov., eine große Sondervergünstigung:

**Für alles, was sonst 1.10 Mk. kostet, zahlen Sie diese Woche nur 95 Pfg.**

Stellen Sie selbst für 1.10 Mk. zusammen, was Sie wünschen, Sie zahlen nur 95 Pfg. dafür. — Bei meinen ohnehin schon so billigen Preisen eine ganz besonders günstige Kaufgelegenheit!

### Hermann Eisenberg

Schokoladen-Großhandlung — Wettinerstraße 20.

Wir danken hierdurch allseits von ganzem Herzen für alle unserer herzensguten, unvergeßlichen Mutter bei ihrem Heimgange erwiesene viele Liebe und uns bekundete Teilnahme an unserem Schmerze.

Riesa, 1. November 1927. Familie Brückner.

Gestern mittag 12 Uhr verschied sanft und unerwartet mein lieber Gatte, unser lieber, treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater

### Herr Karl Gallschütz

im segensreichen Alter von 78 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
die trauernden Hinterbliebenen.

Nickritz, am 2. November 1927.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. ¼4 Uhr statt.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlus verschied heute früh ¼8 Uhr nach langen schweren in großer Geduld ertragenen Leiden meine innigstgeliebte Gattin, unsere liebe gute treusorgende Mutter, Schwägerin, Cousine, Tante

### Frau Ida Selma Nitsche geb. Bennowitz

im Alter von 58 Jahren.

In tiefstem Schmerz  
der trauernde Gatte und Kinder.

Zeithain, am 2. November 1927.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachm. 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

### Roßhaar

kauft jeden Resten zu höchstem Tagespreis  
**Fa. Otto Strieglor**  
Hauptstraße 56.

### Falkkräftig

Kaub- u. geruchsfrei sind meine Spezial-Qualitäten in

### Bettfedern

Rib. Nr. 6.50  
7.50 u. 8.50

Spezial-Wäschehaus  
**Adolf Wiedemann**

Haben Sie schon Electrola gehört? Wenn nicht, lassen Sie sich den Apparat unverbindlich vorführen. Sie werden überrascht sein.

### ELECTROLA

Musikapparate und Platten empfiehlt in großer Auswahl autorisierte Electrola-Verkaufsstelle  
**B. Zeuner,** Riesa, Hauptstr. 73, Telefon 686.

### 20 Waggon Tafeläpfel

sind heute eingetroffen und empfehle diese in tabelloser Ware.

**Max Oehmigen, Obstgroßhandlung**  
Stauditz, Telefone 3 und 160.

### Zigarettenfabrik sucht Vertreter

mit etwas Kapital für Lager.  
**Avalon Cigarettenfabrik G. m. b. H.**  
— Leipzig W 33. —

Geldtasche gefunden.  
Rosenplatz 2, 1.  
2 Schlüssel frei.  
Su. erst. im Tagebl. Riesa.

**Einf. saub. Schlafstelle** sofort gesucht.  
Offerten unter H 708 an das Tageblatt Riesa.

**2 leere Zimmer**  
1. Dezember an besseres kinderloses Ehepaar zu vermieten  
Wismarstr. 59.

**2 Zimmer** leer od. möbl., eins evtl. als Wohnküche, zu vermieten. Off. m. Darlegung der Verhältnisse u. G 703 an das Tageblatt Riesa.

**Beschlagnahmefreie Wohnung** zu vermieten.  
Offerten unter P 701 an das Tageblatt Riesa.

**Beschlagnahmefreie Etagen-Wohnung** inmitten der Stadt, ruhige u. sonnige Lage, 3 bez. Bk., Küche, Bad, J.-Klosett, Balkon, Gas, Elektrisch u. Zubehör, etwa Ende November 1927 best. 450.— Mietensmiete. Abstandssumme. Kaufinteressent erwünscht. Off. u. Y 699 a. b. Tagebl. Riesa.

**Suche 3000 M.** auf zum Decken und Binden  
Su. erst. im Tagebl. Riesa.

Sollb. 16-18jhr. Gasmädchen für sof. gesucht.  
Su. erst. im Tagebl. Riesa.

Christliches, reiches **Hausmädchen** oder **Hausdiener** per sofort gesucht.  
**Tropowitz.**

**Alleinvertrieb** sichert gute Exitenz, auch als Nebenverdienst für Herrn oder Dame. Besuch der Privatbank in Gebrauchartikeln. Adressen erbeten unter B 677 a an das Tageblatt Riesa.

**Abbruch** Paradenlager Reitbahn Rantholz und Bretter, eiserne Säulen, Fenster, Türen  
Maner- u. Ziegel Hochbau- u. Fuhrbodenkinder usw. billig zu verkaufen

### Was will der Lebensbund?

Erste u. größte Organisation d. Sachverständigen m. Zweigstellen im In- und Ausland. Der vornehmste u. disk. Weg der gebild. Kräfte. Tausende v. Anerk. v. hochst. Personen und altem Adel. Ankl. Bundeswehr gegen 30 Pfg. v. Wohl. ohne Ankl. durch Verlag G. Beyer, Dresden-A. 27, Tharandter Str. 63.

**Straffertauben** zu vert. Hundteil 10, 1.

**Gut erb. Kindertwagen** verkauft Glaubitz Nr. 70.

**Gut erbalt. Kindertwagen** zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riesa.



Allen voran sind **Paul Thiele's neue Wäschemangeln**

die bringen höchste Einnahmen. Haltbarkeit unverwundlich. Günstige Teilzahlungen.

**Paul Thiele**  
Chemnitz, Schloßstr. 6.

**Deckreisig** Tanne und Fichte zum Decken und Binden empfiehlt

**Fiedlers Gärtnerei** gegenüber dem Friedhof. Decken der Gräber wird übernommen.

**Suche Abnehmer** für 50-60 Str. Vollmilch täglich frei Haus für Riesa. Offert. m. Preisangab. unt. Z 700 a. b. Tagebl. Riesa.

Morgen Donnerstag Schweinschlachten.  
**Oppe Nachf. Fr.-Witt-Str.**

**Mittagstisch** preiswert u. reichlich bietet **Hotel Wettiner Hof.**

Frisches Gänsfleisch Gänsefett täglich frische Geflügel.  
**Clemens Bürger.**

Die heutige Nr. umfasst 12 Seiten.

Aus unserer Heimat.

Heimatmuseum Niesa und Umgebung.

Erwerbungen XIV. — November 1927.

Von der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine: Ausrüstung des Damburger Künstlers O. Raab von sämtlichen Fabrikantinnen und Lagerstätten in Niesas-Gebäude; verschiedene Erzeugnisse. Von den Erben des verstorbenen Herrn Oberlehrer Weikel, Niesitz: 1 Steinbeil, 1 Photo der Ledwiger Schanze, Bild des Herrn Weikel, 1 Urkunde (Ernennung zum Korrespondierenden Mitglied der „Fis“ in Dresden), 35 Vögel. Von Herrn Martin Wolde: Statistische Darstellung: Niesitz, der Größe nach die 15. Stadt Sachsens. Von Herrn Bernhard Felten: 12 Stück Werbes- bzw. Feldpostkarten für die verschiedenen Kriegsanleihen 1914-1918. Von Herrn Baumeister Schönlitz: Verginnte Kaffeekanne, 1 Buch, 2 alte Trubenschlöffer. Von Herrn Dymek: Gerahmtes Bild vom alten Niesitz, 1 Stück Stamm mit Spechtloch. Von Herrn Studentent Heinrich: 2 Photographien aus der Zeit des Reichstages. Von Herrn Geldscheidermeister Müller: Rationentafel von 1813. Von Herrn Peter Wärtner: Münzen aus Kursachsen, vom Königreich Sachsen, von Österreich und der Schweiz, insgesamt 10 Stück. Von Familie Postinspektor Heubert: Sechs Patenbriefe von 1783-1834. Von Herrn Lehrer Schmidt: Radfahrkarte von 1921. Von Herrn Lehrer Hammisch: Lehr- und Lehrbuch für die Volksschulen, bearbeitet von Seb. 1839. Dresden und Leipzig, Arnoldische Buchhandlung. Geschichte der Christlichen Religion und Kirche für den Unterricht in Stadt- und Landschulen. Von G. Schölmeyer 1818, Leipzig. Vogels Buchhandlung. Elbeblatt Nr. 27 und 28 vom Jahre 1848 (2. Jahrgang des Nieser Tageblattes). Von Frä. Dietrich: Alter Säbel, Postkarte von 1801. Von Herrn Albrecht Langer: Altbuch von Niesitz 1895/96; mehrere Zeitschriften „Glück auf!“ 1924/25. Von Herrn Siegfried Vielgalt: Webelatenbuch. Von Herrn Werkmeister Bimmeler: 2 gerahmte alte Bilder. Von Frau verw. Schnepf: Blättelode mit Holzspalten-fernung. Von Herrn Willy Walthert: 2 alte Petroleumlöfen. Von Frau Haupt: Infanterie- Helm, Mütze, Beobachtungs- Spiegel und Hirschfänger (Kriegsandenken). Von Herrn Arno Gehhaar: Ausbläser von 1918. Ungeannt: Bionieroffizier-Mütze, verschiedene Pfeilspitze. Von Herrn Johannes Lander: „Dokumente einer irr- sinnen Zeit“. Vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1923 bezahlte man mit je einer dieser Inflation-Marken ein Zinland-Vollkorn-Brot. Die Darstellung, die ein- gerahmt worden ist, zeichnet sich durch übersichtliche, geschmackvolle Zusammenstellung aus. Allen, die ihr Interesse für die heimatische Sache dadurch zum Ausdruck brachten, daß sie unser Heimat- museum bereicherten, sei hierdurch herzlich gedankt. E.

Zu dem Straßenbahnunfall in Dresden-Plauen.

Die Straßenbahn hat das Wort.

Zu dem Straßenbahnunfall vom vergangenen Sonn- abend teilt die Direktion der Straßenbahn folgendes mit: Glücklicherweise stellt sich nach dem heutigen Bericht des Frankenhäuser Friedhofsdirektors heraus, daß es sämtlichen dort eingekerkerten Verletzten besser geht, als es nach bisheriger Feststellung zu erwarten war; davon haben acht mehrere Verwundungen (Unterarmbruch, Rumpverletzung, Kopfverletzung, Arm- und Beinverletzungen) davongetragen. Dem Schmier Paul Weisse aus Gittersee mußte, wie durch die bisherige Presseberichte zum Teil schon bekanntgeworden ist, bedauerlicherweise ein Arm abgenommen werden. Im übrigen sind die Verletzungen, die sich bei einem derartigen Unfall naturgemäß sehr umfangreich gestalten, noch in vollem Gange. Es sind nicht nur die Einrichtungen der beteiligten zwei Straßenbahnwagen, sondern auch die betriebstechnischen Verhältnisse der in Frage kommenden Bahnhöfe aufs genaueste nachgeprüft worden. Dabei hat sich ergeben, daß der allgemeine Zustand, die Spur und die Ueberprüfung der Weiche vollkommen in Ordnung sind, und daß die Bremsen der beteiligten Wagen funktioniert haben. Der in Frage kommende Triebwagen ist ja auch gleich nach dem Unfall von einem Straßenbahnwagenführer ord- nungsgemäß nach Niesitz gefahren worden, ohne daß ein anderer Triebwagen als Vorwarnung nötig gewesen wäre. Die Frage, die in den vergangenen Tagen häufig erörtert worden ist, nämlich auf der Serpentinstraße besonders Gefähr- liches vorgehen werden müßten, wie etwa bei den Güterwagen, muß dahin beantwortet werden, daß eine solche Vorkehrung dort nicht nötig und auch nach den Betriebsvorschriften nicht geboten ist. Die Gefährlichkeit ist lediglich für die Strecke Waldschloßchen—Wilsdorf vorge- sehen; dort beträgt die Steigung an einigen Stellen maximal 1:18, d. h. auf 18 Meter Straßenlänge kommt ein Meter Steigung. Die Bahn auf der Serpentinstraße weist maximal eine Steigung von 1:23 auf; sie bleibt demnach beträchtlich hinter einer Anzahl anderer Gefährlichkeiten im Dresdener Straßen- bahnbetrieb zurück; erwähnt sei nur die Steigung der Linie 7 zwischen Arienau und Klotzsche, die den Maximalwert von 1:18 auf 300 Meter Länge erreicht, sowie die Linie 20 zwischen Sachsdorfer und Alsbendorfer Straße, die eine Höchst- steigung von 1:17 aufweist. Auf diesen, sowie noch auf vielen anderen ähnlichen Gefährlichkeiten ist die Gefahrbrücke weder vorgeschrieben, noch bisher eingerichtet worden; trotzdem haben sich auf diesen Strecken keine Unfälle ereignet, die auf das Fehlen der dritten Bremse zurückzuführen wären. Neben den betriebstechnischen Erörterungen ist selbstver- ständlich auch die Vernehmung des beteiligten Personals, sowie die Feststellung der Ursachen in vollem Gange. Hier- über können zur Zeit keine näheren Mitteilungen ge- macht werden, weil die Meinungen sich erst einigermaßen ge-klärt haben müssen und es für alle Beteiligten unerwünscht ist, wenn vorzeitige Berichte veröffentlicht werden, die dann berichtigt werden müssen. Die Straßenbahndirektion wird selbstverständlich je nach Fortschritt der Erörterungen die Öffentlichkeit über das Ergebnis der Ermittlungen auf dem Laufenden halten. Grund zu irgendwelcher Beanstandung beim Befahren der neuen Strecke besteht selbstverständlich in keiner Weise, wie denn auch der Verkehr sich nach dem Unfallfall in völlig normaler Weise abspielt hat. Es sind nach dem Unfallfall bereits wieder weit über 200 Bäume und über 100 einzelne Triebwagen die Serpentinstraße herunter und hinauf gefahren.

Landesparteitag der Deutschen Mittelstandspartei.

Finanzminister Weber über Wirtschafts- und Finanzprobleme.

Id. Dresden, 21. Okt. Am Sonntag und Montag fand, wie bereits gestern kurz berichtet, der erste sächsische Landesparteitag der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Mittelstandspartei) in Dresden statt. Der Sonntag brachte zunächst interne Tagungen, während am Montag vormittag eine große öffentliche Kundgebung im dichtgefüllten Saale des Konzerthauses des Zoologischen Gartens stattfand. Der Parteivorstand unter Vorsitz des Dresdener Handwerkervereins nach Besan- vorträgen der Dresdener Handwerkervereine die Tagung und begrüßte die Anwesenden, unter denen sich auch der frühere demokratische Landtagsabgeordnete Minister a. D. Günther-Plauen befand. Der Vorsitzende der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes, Abgeordneter Drewnitz, überbrachte die Grüße des Parteivorstandes, Senator Thielepelt die des Reichsgewerbeverbandes der Tischschloß- weiler, für den Landesverband Preußen sprach Reichstagsabge- ordneter Molath. Abg. Müller erstattete hierauf den Bericht der Landes- fraktion. Er gedachte einleitend des Ergebnisses der vor- jährigen Landtagswahlen, die der Mittelstandspartei 10 Man- datte erbrachte. Der sächsische Mittelstand habe sich dadurch seine eigene politische Vertretung errungen und dürfe dann auch seine Hände nach dem Ruder des Staates ausstrecken. Der Redner schilderte die parlamentarische Tätigkeit bei der Regierungsbildung und die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion und erklärte zum Schluß, die kommenden Reichs- tagswahlen müßten eine starke selbständige Reichstagsfrak- tion der Mittelstandspartei in Erscheinung treten lassen. Stadverordneter Hunger-Ghemnitz sprach dem Frak- tionenführer Müller und der gesamten Landtagsfraktion den Dank der Parteifreunde für ihre erfolgreiche Tätigkeit aus. — Landtagsabgeordneter Ahmann erstattete sodann den Bericht über die am Sonntag stattgefundenen Kommu- naltagungen. Die Versammlungen seien sich darüber klar ge- wesen, daß in den Gemeinderäten die Vorherrschaft der großen Politik zu erblicken sei. Diese erste Tagung habe gezeigt, daß die Mittelstandspartei sich nicht mehr besette schrieben lassen sollte. Minister a. D. Dr. Wilhelm berichtete von der Land- wirtschaftsfrage. In ihr sei zum Ausdruck gekommen, daß die Bauernschaft in der Mittelstandspartei das gefunden habe, was sie bisher in anderen Parteien vergeblich suchte. Die Tagung sei ein unüberwindlicher Beweis dafür gewesen, daß alle schaffenden Kräfte in Stadt und Land befreit seien, sich zu einer unverbrechlichen Macht zusammenzuschließen. Den Hauptvortrag hielt

Finanzminister Weber

über Wirtschafts- und Finanzprobleme. Er führte u. a. aus: In dem Auswuchs der deutschen Wirtschaft habe auch Sachsen einen erheblichen Anteil. Das erkennen wir auch daran, daß die Erwerbslosigkeit in Sachsen eine noch stär-kere Abnahme gefunden habe, als im übrigen Reich. Der gesamte Warenverkehr habe sich günstig entwickelt. Beson- ders erfreulich sei, daß auch die Ausfuhr sich beträchtlich ge- hebt habe. Auch der Rückgang der Konsum- und Geschäftsaus- schlüssen bedäufte die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Ferner seien die Umsätze bei den Sparkassen in erfreu- licher Weise immer weiter gestiegen, und der Geldumsatz- briefumlauf habe sich in nicht unerheblicher Weise erhöht. Die autonomen Vertreter der Reichsregierung hätten in der vergangenen Woche versucht, der wirtschaftlichen Ent- wicklung eine Prognose zu stellen, die stark im optimistischen Sinne ausgefallen sei. Wenn einen so starken Optimismus sprächen aber einsehenden eine Anzahl beachtlicher Momente, die bereits heute zu beobachten seien. Man werde deshalb die Konjunktur-Entwicklung vorsichtig und zurückhaltend bewerten müssen. Ein weit unangenehmeres Wirtschaftsbild sei in den Betrieben des gewerblichen und bäuerlichen Mit- telstandes zu beobachten. Gewiss habe auch hier die allge- meine Besserung zu einem erhöhten Umfange geführt, aber nicht in allen Fällen gleichbedeutend mit einer Ver- diensterhöhung sei. Der gewerbliche Mittelstand brauche einen gesetzlichen Schutz, der die Entwicklung tüchtiger Kräfte nicht dem- möge, aber andererseits ihn vor unangenehm vorgelagerten Ein- dringungen schütze. Es sei entschieden zu betonen, wenn die allgemeine Entwicklung der deutschen Gesamtwirtschaft als eine Scheinblüte wie zur Zeit der Inflation hingestellt werde. Der Erdölumsatzprozent der Wirtschaft sei im Gegen- teil sehr der Stabilisierung der Währung sehr langsam vor- wärtsgekommen und sei auch durchaus noch entwicklungs- unfähig. Vorwärts ermede aber die Steigerung der öffent- lichen Einnahmen, die auf der Wirtschaft ruhen. In der gesamten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik liege die große Ge- fahr, daß die Erhöhung der Einnahmen zu einer Drohung führe und die deutsche Wirtschaft konkurrenzunfähig mache. Gegenüber der abgerundeten Entwicklung der deutschen Wirtschaft sei im Tempo bei der gesamten öffentlichen Ver- waltung eine ungleich raschere festzustellen. Die durch den Krieg zurückgebliebenen Entwicklung und die während dieser Zeit unterbliebenen baulichen Verbesserungen und vor allem Dinge die Steuerüberhöhung der Jahre 1924 und 1925 hätten in der Steigerung der Ausgaben ein Tempo verursacht, das unmöglich weiter fortgesetzt könne. Man habe ihm vorgeworfen, daß er als Führer wichtiger Staatsbetriebe be- strebt sei, die wirtschaftliche Tätigkeit dieser Betriebe zu unterstützen. Gerade dadurch, daß er in dem jüngsten Streik der Braunkohlenarbeiter energisch für die Ver- teiligung des Stromes auch für die Wirtschaft eingetreten sei, glaube er dem Ansehen der staatlichen Stromversorgung gedient zu haben. Die Wahl der Ausgaben müsse in erster Linie nach dem Gesamtwohl der Wirtschaft, der Volkswirtschaft und der Volkswohlfahrt erfolgen. Es sei der Zeitpunkt gekommen, da die Schwierigkeit der Geldbeschaffung ab- hängig von Zurückhaltung und Besinnung erfordere, wenn nicht die Währung gefährdet werden soll. Die gesamte Verschuldung sei in den wenigen Jahren nach der Stabilisierung in einem Tempo vor sich gegangen, das unmöglich beibehalten werden könne. Die Wirtschafts- und währungsrechtlichen Auswirkungen müßten in Zu- kunft in erster Linie die Grundlage für die Zulassung von Auslandsanleihen bilden. Die Einrichtung einer reichs- rechtlichen Kontrollinstanz, wie sie der Reichsbankpräsident verlangt, sei abzulehnen. Die gesamte mittelständische Ver- teiligungsbewegung dürfe ihre Hand nicht dazu heben, den überspannten Zentralismus in Berlin zu fördern, sondern müsse bei allen ihren Vertretern voraussetzen, daß sie auch in den nachgeordneten Parlamenten die Verantwortung vor dem Gesamtwohl nicht außer Acht lassen. Die Gerichte von einer neuen Inflation seien ganz unberechtigt. Die Reichsbank sei fest entschlossen, sich nicht in eine Geldpolitik hineintreiben zu lassen, die eine Gefährdung der Währung nach sich ziehen könnte. Die Staatshaltung für den sächsischen Staat werde für das nächste Jahr außerordentlich schwierig sein. Der säch-

sische Haushaltsplan habe für das Jahr 1927 bereits ein Defizit von rund 27 Millionen RM., zu dem die Ausgaben für die Unwetterkatastrophe und die Mehraufwendungen für ein halbes Jahr durch die Besoldungsreform hinzu- treten. Zahlreiche Positionen des Etats brähten unange- nehme höhere Ausgaben, die aber durch Ersparnisse an an- deren Stellen ausgeglichen werden müßten. Eine große grundsätzliche Verwaltungsreform, die vor allen Dingen auch an einem Abbau der Ausgaben beruhen müsse, sei eine Balanceierung des sächsischen Etats kaum möglich. Der ge- werbliche Mittelstand habe zweifellos an der Stärkung der Kaufkraft der Beamten ein hartes Interesse. Voraus- setzung sei nur, daß diese Stärkung nicht auf Kosten der Er- höhung der Reallohnern erfolge und damit zu einer Ver- teuerung der Waren führen müsse. Deshalb sei es auch unverantwortlich, wenn man eine Teuerungspolitik künst- lich zu erwecken suche. Grundlegend für das Ausmaß der Besoldungsreform müsse die Deckungsfrage sein. Ange- sichts der eindringlichen Warnung des Reichsbankpräsi- denten zu einer geordneten und sparsamen Finanzwirtschaft wäre es unverantwortlich, wenn Reichstag und Reichs- regierung die Länder zu einer Defizitwirtschaft drängen würden. Sachsen erhebe Anspruch auf eine Verainung des Kaufgeldes aus der Eisenbahnübertragung und auf einen dem Aufkommen an Reichsdollars in Sachsen entsprechenden Finanzausgleich. Die sächsische Regierung werde ihre Mit- arbeit an dem Steuervereinfachungsgefesche nicht verlegen, werde ihm aber nur insoweit folgen können, als wirklich eine Vereinfachung des Reallohnrechts erzielt werde. Das Sachsen nicht auf das Recht der einkommen Steuerhöhe verzichten werde, sei ebenfalls selbstverständlich, da die Er- fahrungen gelehrt hätten, daß es außerordentlich schmerzhaft und für die Wirtschaft sehr nachteilig sei, Kohlenänger des Reiches zu sein. Je mehr wir uns dem Jahre der Vorkriegszeit für die Reparationsverpflichtungen nähern, und je länger auf der Wirtschaft und auf dem Mittelstand im besonderen die Lasten steuerlicher Lasten ruhen, um so mehr neige es sich, daß die Aufbringung der Lasten aus dem Dawidsplan für die Wirtschaft unmöglich sei. Die Reichsregierung sei zwar bemüht, den Vertrag zu erfüllen, aber es müße offen gesagt werden, daß für die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit die Lasten unmöglich auf die Dauer getragen werden können. Der Mittelstand habe die hohe staatspolitische Aufgabe, alle wirtschaftlichen Kräfte planmäßig zusammenzuführen und unter Volk vor dem Zerfall in Kapital und Arbeit zu be- wahren, um es vor dem Untergang zu schützen (Lebhafter Beifall).

Sobann hielt

Landtagsabgeordneter Schultze den Titel „Kulturelle Fragen“. Der Redner ver- breitete sich über das Reichsschulgesetz und leitete den Stand- punkt der Mittelstandspartei dar. Der vorliegende Reichs- schulgesetzentwurf gebe in seinen Grundzügen nichts anderes als das, was durch den Weimarer Schulkompromiß über die höchsten Erziehungsziele der Schule und das Selbstbestim- mungsrecht der Eltern in den Art. 146 bis 149 als Grundrechte des deutschen Volkes bezeichnet worden sei. Wie die Mittelstandspartei die Eintragung in die Privatwirt- schaft ablehne und für die Individualwirtschaft einträte, so verlange sie auch, daß nicht der Staat die Erziehung unserer Kinder in ihren höchsten Zielen bestimme, sondern jeder Vater selbst zu entscheiden habe, ob sein Kind auf einer religiös-ethischen oder sozialdemokratisch-weltlichen Grund- richtung erzogen werden solle. Die Mittelstandspartei des Deutschen Mittelstandes befürchte keine Verschärfung der Volksschule durch das Reichsschulgesetz. Von den Gegnern würden die Kosten der Ausführung des Gesetzes ungemein übertrieben. Unsere materialistische Zeit brauche ein ideales Gegenmittel, und das sei das Reichsschulgesetz. Die Versammlung nahm sodann

mehrere Entschließungen

einmütig an. Die erste schloß sich in ihren Forderungen den Ausführungen des Finanzministers Weber an. Die Entschließung, die die Gemeindevorordneten am Sonntag gefaßt hatten und die der Parteitag zu der seinen machte, lautet: Die Gemeindevorordneten, die sich politisch an Reichspartei des Deutschen Mittelstandes bekennen, halten für eine Notwendigkeit, daß die Reichspartei des deutschen Mittelstandes bei künftigen Gemeindevahlen durch Schaf- fung selbständiger Fraktionen die Wahrung der mittelständischen Schichten in den Gemeinden übernimmt. Der Kampf der mittelständischen Vertreter in den Gemeinden muß sich gegen alle Maßnahmen richten, die geeignet sind, die Er- ziehung der mittelständischen Wirtschaft zu untergraben, ins- besondere ist das Verbot des Warenhandels und jeder hand- werksmäßigen Betätigung, sowie die Beteiligung an Kon- sumgenossenschaften von Seiten der Gemeinden auf das ent- schiedenste zu bekämpfen. Besondere Augenmerk müssen unsere Gemeindevorleiter auf Lösung der Wohnungsfragen legen und dabei auch bedacht sein, daß nicht nur Wohnräume erhöht werden, sondern auch durch Ausschaffung von ge- werblichen Räumen eine weitere Entwicklung der mittel- ständischen Wirtschaft ermöglicht wird. Die planmäßige Bodenverwertungswirtschaft und Abgabe des Grundbesitzes in Er- baue führt zu einer Verdrängung des Betriebskapitals der Gemeinden. Die gemeindlichen Haushaltspläne müssen für das nächste Jahr so aufgestellt sein, daß der Grundbesitz keine Ausgabe ohne Deckung endlich liquidiert werde. Jedes weitere Anschwellen der Ausgaben muß mit allen parlamen- tarisch zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden. Als Richtschnur muß gelten, die gemeindlichen Haushalts- pläne in ihrer Gesamtheit 10 Prozent zurückzuführen. Ein- sparsamheitsmaßnahmen der einzelnen Haushaltspositionen sind durchaus möglich. Im Interesse von Gemeinde und Staat müssen unsere Vertreter im Landes- und Reichs-Parlament darauf dringen, einen Finanzausgleich herbeizuführen, der den Gemeinden vor allem eine positivere Grundlage für ihre Finanzwirtschaft bietet. Die Vereinfachung unserer Steuerwesens durch eine alle Kreise erfassende Einkommen- steuer mit staatslichen und gemeindlichen Zuschlägen halten wir für das Gebotene.

Die Entschließung zum Reichsschulgesetz

lautete: Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes er- kennt den vorliegenden Reichsschulgesetzentwurf in seinen Grundtendenzen an. Insbesondere begrüßt sie, daß die in der Verfassung den Eltern gegebene Bestimmungsrecht anerkannt ist und damit in Sachsen der bekennungsartigen Schule die Entwicklungsmöglichkeit geboten wird. Das Ver- hältnis der finanziellen Tragbarkeit wird schließlich Anfang und Tempo der Durchführung eines Reichsschulgesetzes bedingen. Mit einem Schlusssatz des Landespartei-Vorsitzenden und Redervortrags der Dresdener Handwerkergefangs- vereine schloß die bedeutungsvolle Tagung.

# Politische Tagesübersicht.

**Keine Erkränkung des Reichspräsidenten.** Die die Telephonunion von ausländischer Stelle erfährt, sind die Gerüchte über die Erkrankung des Reichspräsidenten v. Hindenburg vollständig aus der Luft geblasen. Der Gesundheitszustand des Reichspräsidenten ist ausgezeichnet.

**Abkündigung der Todesstrafe in Russland.** In Erfüllung des Manifestes des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion über die Einschränkung der Todesstrafe beschloß das Zentralerekutivkomitee der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, den betreffenden Artikel des Strafgesetzbuches Russlands abzuändern und anstelle der Todesstrafe Freiheitsstrafen festzusetzen.

**Eine indische Verschwörung entdeckt.** Die Polizei hat gestern in Kalkutta und im nordöstlichen Teil von Bengalen Hausdurchsuchungen abgehalten. Es wurden dabei Dokumente beschlagnahmt, die, wie man glaubt, den Beweis für eine sehr ausgedehnte revolutionäre Verschwörung liefern werden. Es ist keine Verhaftung vorgenommen worden.

**Hungerstreik politischer Sträflinge im Vodaer Gefängnis.** Im Vodaer Untersuchungsgefängnis sind 300 politische Gefangene in den Hungerstreik getreten, weil man ihre Wünsche auf Verlängerung des täglichen Spazierganges und Zugang von frischem Stroh zu den Strohfäden nicht berücksichtigen wollte.

**Wiederwahl Mustafa Kemal zum Präsidenten der Türkei.** Die Nationalversammlung, in der die Volkspartei mit 35 Abgeordneten vertreten ist, ist heute zu ihrer 3. Session zusammengetreten. Mustafa Kemal wurde zum Präsidenten der Versammlung und Mustafa Kemal Pascha mit Einstimmigkeit zum Präsidenten der Republik wiedergewählt.

**Rein deutsch-russischer Bloß in der Abrüstungsfrage.** Die Sowjet-Union hat sich jetzt bereit erklärt, in der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes mitzuwirken. Der Völkerbund hatte schon vor einigen Jahren an Russland die Einladung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz ergehen lassen. Nichtsdestowenig lehnte es aber damals wegen des durch die Ermordung des russischen Gesandten in der Schweiz entstandenen Konflikts ab, Schweizerischen Boden zu betreten. Nichtsdestowenig lehnte es damals auch schon durchblicken, daß nach seiner Auffassung die Abrüstungskommission kaum eine Gewähr dafür biete, daß die Abrüstungsfrage dort praktisch gelöst werden könne. Wenn Russland jetzt allerdings seine Beteiligung an der vorbereitenden Abrüstungskommission ankündigt, so ist das vom deutschen Standpunkt aus wohl zu begrüßen, da immerhin dadurch die Förderung der Abrüstungsfrage erleichtert werden kann und auch die Verhandlungen für ihre Abhaltung sich nicht mehr auf Russlands Gebiet beziehen können. Die französische Presse benutzt nun aber auch diesen Anlaß, die Vermutungen auszusprechen, daß Deutschland und Russland in der Abrüstungskonferenz zusammenarbeiten werden. Diese Auffassung trifft nach der Meinung der maßgebenden deutschen Stellen in keiner Weise zu. Es besteht nicht die Absicht, in der von der französischen Presse behaupteten Weise speziell mit Russland in der Abrüstungsfrage zusammenzuarbeiten.

**Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.** Wie die Morgenblätter aus Warschau melden, teilte der Vorsitzende der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen Dr. Pomianowski der Presse mit, daß er nach Warschau gekommen sei, um mit der Regierung die Frage der Einsetzung einer Kommission für Auswärtige Angelegenheiten sowie die eines Abkommens über die Sozialversicherung zu verhandeln. Den Abschluss eines Abkommens über die Handelsverträge erwarte er für die kommende Woche. In Sachen des gegenwärtigen Austausch von historischen Wertgegenständen habe man sich überzogen, daß man diese Aktion wegen der abnehmenden Haltung der öffentlichen Meinung und der Presse, wie sie bei der Ueberlieferung von 8 Denkmalsfragenteilen aus Polen zu Tage getreten sei, nicht in größerem Umfang fortführen könne.

**Prinz Ni von Korea in Berlin.** Prinz Ni von Korea ist in Begleitung seiner Gemahlin und mit Gefolge vom Haag kommend gestern auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen. Der Prinz wurde vom hiesigen japanischen Botschafter, Kagaoka, sowie Geheimrat Trautmann, vom Kaiserlichen Amt und Gesandtschaftsrat von Bülow empfangen.

**Italienische Kommentare zum Tode Kardens.** Alle Wänter bringen zum Tode Maximilian Ferdens kurze Kommentare und heben dessen Bedeutung als Publizist und seine Generosität als Kaiser Wilhelm hervor. Der Korrespondent der „Tribuna“, dessen Berichte über Deutschland sich durch besondere Geschlossenheit auszeichnen, verweist sogar auf die Behauptung, Bismarck habe Kardens Dokumente für seine Kampagne gegen den Kaiser selbst ausgeteilt.

**Der Zusammenschluß der Nationalliberalen und Deutschnationalen in Bayern noch nicht vollzogen.** Die Nationalliberale Landespartei teilt mit: Ein Teil der Presse hat in der Berichterstattung über den bayerischen Parteitag der Deutschnationalen den Einfließen insofern vorausgesetzt, als er den gesuchten Zusammenschluß der Nationalliberalen Partei und der Deutschnationalen bereits als vollzogen meldete. Der deutschnationaler Parteitag hat lediglich den Entwurf des Abkommens gebilligt, der am 20. Oktober zwischen den Führern der beiden Parteien beschloßen wurde. Landesvorstand und Parteitag der Nationalliberalen Landespartei werden am 19. und 20. November über den Entwurf zu entscheiden haben. Es ist nach Lage der Sache allerdings zu hoffen, daß Zustimmung erfolgt.

## Rabinettsberatung über die Reparationsfrage.

**Berlin. (Rein-Meldung.)** In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das Reichskabinetts wahrscheinlich schon heute nachmittag eine Sitzung abhalten wird. Die Tagesordnung umfaßt die mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden, augenblicklich aktuellsten Fragen. Dabei ist anzunehmen, daß außer den sachlichen Problemen, die durch die Denkschrift Darter Silbers aufgeworfen worden sind, auch die Einsetzung eines Reichskommissars für Reparationsfragen zur Förderung steht. Wenn in der Presse auch bereits der Name des früheren Staatssekretärs Bergmann genannt wird, der bekanntlich vor einiger Zeit im Zusammenhang mit der Reparationsfrage durch sein Buch „Der Weg der Reparationen“ in die Öffentlichkeit getreten ist, so dürfte eine solche bestimmte Angaben den Tatsachen doch noch voraussetzen. Die Reparationsfrage kann überhaupt erst eine Rolle spielen, wenn eine grundsätzliche Entscheidung über die Einrichtung dieses Voikens getroffen worden ist. Im Augenblick aber befindet sich diese Frage noch durchaus im Stadium der Erwägungen der zuständigen Stellen. In unterrichteten Kreisen weist man allerdings darauf hin, daß die Einsetzung eines solchen Kommissars insofern von Vorteil sein würde, als die sachliche Bearbeitung der Reparationsfragen, namentlich was die Verhandlungen mit dem Reparationsagenten anlangt, von dem Wechsel der parlamentarischen Rabinette in größerem Maße als bisher unabhängig gemacht und eine solche Stetigkeit für die deutschen Interessen von Nutzen sein würde. Unter diesem Gesichtspunkt gilt es auch nicht als ausgeschlossen, daß das Rabinetts morgen bereits zu einer grundsätzlichen Entscheidung kommt.

## Rückkehr des Reichszanlers.

**Berlin. (Funknachricht.)** Reichszanler Dr. Marx ist heute früh um 8 Uhr von seiner Reise nach Westdeutschland nach Berlin zurückgekehrt.

## Insgesamt 314 Personen ertrunken.

**Rio de Janeiro, 1. November.** Die Meererei des Dampfers „Principessa Masalda“ gibt die endgültige Zahl der Opfer der Schiffskatastrophe bekannt. Danach sind 314 Personen ertrunken. Gerettet wurden 945 Personen, und zwar 80% der Passagiere der ersten Klasse, 66% der zweiten Klasse und 75% der dritten Klasse. Von der Besatzung des untergegangenen Schiffes sind 9 Offiziere und 37 Matrosen ertrunken, 11 Offiziere und 231 Matrosen gerettet. Von den untergegangenen Passagieren entfallen 27 auf die erste, 37 auf die zweite und 204 auf die dritte Klasse.

**Berlin. (Funknachricht.)** Nach einem Telegramm der deutschen Gesandtschaft in Rio de Janeiro ist, wie mitgeteilt wird, der Deutsche Karl Bokrats dort eingetroffen. Dagegen liegen keine Nachrichten vor über die Deutschen von Wüden, Schneider und Rappaport.

## Zum Untergang der Principessa Masalda.

**Rom. (Telegraph.)** Stenali meldet aus Rio de Janeiro, daß dort Trauerkundgebungen für die Opfer des Unterganges der Principessa Masalda von den verschiedensten Seiten veranstaltet werden, u. a. von den brasilianischen Behörden, den wissenschaftlichen Akademien, den Akademien, den diplomatischen Vertretern aller Nationalitäten. Alle Neuenausgaben stimmen darin überein, daß die Haltung der Offiziere und der Mannschaft des untergegangenen Dampfers heldenhaft gewesen ist. Die brasilianische Presse erkennt die schnelle und vollkommene Organisation des von den italienischen Behörden geleiteten Hilfswerkes für die Ueberlebenden an. Der Dampfer Duca degli Abruzzi wird die Ueberlebenden, deren Reiseziel Argentinien war, an Bord nehmen. Die in Brasilien wohnenden Italiener haben sich bereit erklärt, die Waisen und Witwen in ihre Häuser aufzunehmen.

## Deutschlands Wehrlosigkeit.

Französische Denkmals- und Ministerreden fähren immer und immer wieder fort, die Gefahr eines neu erstarnten Deutschlands und der hierdurch gewordenen Bedrohung Frankreichs dräuend an die Wand zu malen. Wie lächerlich alle diese Behauptungen sind, daß geht schon allein aus einigen wenigen Zahlen hervor. Deutschland hat ein Berufswehr von 100 000 Mann, das im Kriegsfall durch Reservisten nicht erweitert werden kann. Deutschland hat keine Militärflotte, keine Luftwaffe, keine Panzer, keine schweren Geschütze, keine Munitionsvorräte. Also ihm fehlt alles, was sein Wehr im Hinblick auf die mod. Kriegstechnik im Entscheidungskampf machen könnte. Dagegen besitzt Frankreich seine voll ausgebildete Reserve, die innerhalb weniger Tage ein französisches Wehr von 4 Millionen auf die Beine stellen kann. Es verfügt über 19 000 leichte und 15 500 schwere Maschinengewehre, über 1480 leichte und 1550 schwere Geschütze, über 3000 leichte und 100 schwere Kampfwagen, sowie über 2300 Militärflugzeuge. Eine Gegenüberstellung der militärischen „Stärke“ Deutschlands und der aus äußerster angepannter Wehrmacht Frankreichs muß zu Schlußfolgerungen führen, die als die idealste Sicherheit Frankreichs gegenüber seinem „bedrohlichen“ Nachbar gekennzeichnet werden können. Wenn also die französischen Militärs Deutschland immer noch als Vormand für die Unmöglichkeit einer französischen Abrüstung bezeichnen, so täuschen sie damit nur, daß sie einen Vormand suchen, der ihnen so weitliche Abrüstungsfrage aus dem Wege zu geben.



**Schnell zur Expedition!**  
Das Zeitungsabonnemnt muss erneuert werden.

wenn Sie die Zustellung des Hoeser Tagblattes für November wünschen.  
Bezugspreis 2,25 Mark.

## Neubestellungen

auf das in allen Ecken der Einwohnerschaft von Niela und Umgegend gern gelesene Nielaer Tagblatt zum Bezug nehmen jederzeit entgegen für

- Boberlen: L. Förster, Boberlen Nr. 07
- Glaubitz: Frau Doffe Nr. 6
- Gohlis: J. verm. Schreier, Nr. 54 b
- Gröbba: A. Dandol, Streblauer Str. 17
- „ M. Heidenreich, Allee Nr. 4
- „ R. Kulle, Kirchstr. 19
- „ D. Kiedel, Döhner Str. 3
- Gröbba: Frau M. Hofmann, North
- Jahnishausen-Gröbba: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Kalbitz: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Rangenberg: Otto Schauer, Bädermeister
- Reinowitz bei Niela: M. Wehler, Nr. 8
- Reinowitz: F. Straube, Poppitz Nr. 14 b
- Reinowitz: D. Thiele, Gröbba, Döhner Str. 19
- North: Frau M. Hofmann
- Nidritz: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Randitz: E. Schwandke, Reihner Str. 11
- Delitz: M. Schwarze, Nr. 41
- Pausch: M. Schwarze, Delitz Nr. 41
- Poppitz bei Niela: F. Straube, Nr. 14 b
- Frankfurt: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Niela: Alle Zeitungsträger und zur Vermittlung an Niela die Tagblatt-Geschäftsstelle Goethestr. 50 (Telefon Nr. 20)
- Nieder: M. Schöne, Grundstr. 16
- Sageritz: Frau Doffe, Glaubitz Nr. 6
- Scherhanke: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Weida (Nied.): Fr. Kluge, Lange Str. 115
- Weida (Hoch.): F. Pöge, Lange Str. 28
- Zeitzschendorf: E. Sandholz, Teichstr. 13
- Zeitzschendorf: Richard Schönig, Buchhändler

## Gemeindevahlen in England.

**London.** Im ganzen Lande mit Ausnahme des Kreises London wurden gestern Wahlen für ein Drittel der Stadträte vorgenommen. Nach den letzten Ergebnissen der Gemeindevahlen erzielte die Arbeiterpartei einen Gewinn von 93 Sitzen, der keine Verlust der Konservativen beträgt 68, der Liberalen 21 und der Unabhängigen 9.

## Die nächste Sitzung des Reichsrates.

**Berlin. (Telunion.)** Der Reichsrat tritt am Donnerstag, 3. dieses Monats, fünf Uhr nachmittags, zu einer Vollungung zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Mitteilung über Ernennung von Bevollmächtigten zum Reichsrat, eine Mitteilung des Reichsministers des Innern über Eröffnung der Verhandlung vom 17. Dezember 1908 über die Genehmigung, Untersuchung und Revision der Dampfkessel, endlich die Ernennung von Mitgliedern der Reichsdiskontkammer in Kasel. Außerdem werden mündliche Berichte verschiedener Ausschüsse erstattet werden.

## Ein neuer Reichskommissar für Reparationen?

**Berlin.** Die Reichsregierung hat anlässlich des letzten Zwischenfalls mit dem Generalagenten der Reparationskommission den Gedanken erwogen, die Reparationsangelegenheiten in einem besonderen Reichskommissariat zu vereinigen, das in enger Fühlungnahme mit dem Reichsfinanzministerium, dem Auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsministerium arbeiten und den Verkehr mit dem Reparationsagenten besorgen soll. Nach der „Voss. Stz.“ ist die Schaffung eines Reichskommissars für Reparationsangelegenheiten in den Besprechungen mit Barter Gilbert bereits vereinbart worden. In Aussicht genommen ist für die neue Stelle der frühere Staatssekretär Bergmann, der während seiner Tätigkeit in Paris und in Berlin jahrelang mit den Reparationsfragen befasst gewesen ist. Bergmann würde also als Reichskommissar wieder in den aktiven Reichsdienst zurückkehren. Auch in Frankreich weiß man bereits davon, daß Bergmann Reparationskommissar werden soll. In einem Artikel des Pariser „Petit Journal“ wird die Frage aufgeworfen, ob die Reichsregierung die Gedanken teile, die Bergmann in seinem Buch „Der Weg der Reparationen“ entwickelt hat. Die leitende Idee Bergmanns sei, daß Deutschland sich durch eine große Anleihe von den Verpflichtungen an dem Dawesabkommen befreie. Das lege allerdings voraus, daß die Gesamtsumme der Reparationen vorher fixiert werde.

## Preußens Finanzen.

**Berlin.** Die preussischen Staatseinnahmen betragen nach amtlicher Mitteilung vom April bis Ende September ds. Js. 1 286,4 Millionen. Im einzelnen setzt sich diese Summe wie folgt zusammen: Staatsanteil an den Reichsteuernüberweisungen 340,8 Millionen, Grundvermögenssteuer 100,2 Millionen, Staatsanteil der Haussteuer 222,8 Millionen, sonstige Einnahmen 655,6 Millionen.

Die Ausgaben betragen in demselben Zeitraum 1298 Millionen. Die Ausgaben übersteigen also die Einnahmen um 61,6 Millionen. Ende September waren 75,6 Millionen Mark schwebender Scheckanweisungen im Umlauf.

## Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten.

**Wien, 1. November.** Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs nahm heute einstimmig eine Entschloßung an, in der betont wird, die Sozialdemokratie habe wiederholt erklärt, daß sie jederzeit zu ernstlichen Verhandlungen über eine Abrüstung bereit sei. Mit den bürgerlichen Parteien sei keine Koalition möglich, solange diese glauben, die Sozialdemokratie von dem den Interessen der Arbeiterklasse entsprechenden Anteil an der Staatsmacht ausschließen zu können. Der Parteitag warnt die Bauernschaft, sich gegen die Arbeiterklasse mißbrauchen zu lassen. Die Sozialdemokratie erstrebe keine Diktatur der Arbeiter und Bauern gegen Großkapitalismus und Großgrundbesitz. Zum Schluß werden die Arbeiter aufgefordert, keine Demonstrationen ohne Beschluß der Gesamtheit und keinen Streik in lebenswichtigen Betrieben ohne Zustimmung der Gewerkschaften durchzuführen.

In einer weiteren Erklärung des Parteitages wird das „Komitee zur Förderung der internationalen Gewerkschaftseinheit“ als kommunistische Feindselle und die Zugehörigkeit zu diesem Komitee als unvereinbar mit der Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei bezeichnet.

ferner beschloß der Parteitag, am 12. November Demonstrationen der ganzen Arbeitererschaft in Osterreich zu veranstalten, in denen gegen den Faschismus und für die Republik Stellung genommen werden soll.

## Kommissionsarbeiten in Genf.

**Genf.** Das Hygiene-Komitee des Völkerbundes ist am Montag in Genf zusammengetreten. Vizepräsident Furumi-Japan gab seiner Befriedigung über den Empfang von höheren Sanitätsbeamten aus etwa 30 Ländern bei ihrer Studienreise durch Deutschland Ausdruck. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Hamel, Mitglied des Hygiene-Komitees, dankte Furumi und hob die Bedeutung dieser Studienreise für die in Frage kommenden Länder hervor.

**Genf.** Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes, welches am 27. September durch den Völkerbundsrat reorganisiert worden ist, wird am 29. November zusammengetreten zur Kenntnisnahme der Arbeiten der diplomatischen Konferenz für die Beschränkung von Maßnahmen gegen Einfuhr- und Ausfuhrverbote und Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen, sowie um Kenntnis zu nehmen von den Ergebnissen der Arbeit des Sachverständigen-Unterkomitees für die Vereinheitlichung der Zollnomenklatur. Das Finanzkomitee wird ebenfalls am 29. November zusammengetreten. Es wird sich mit dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Aufnahme einer Anleihe zu Gunsten Bulgariens befassen. Am 30. November endlich wird die Kommission zur Vorbereitung der internationalen Abrüstungskonferenz zu ihrer dritten Tagung in Genf zusammengetreten. Man hält es für wahrscheinlich, daß das mit dem Studium der Schiedsgerichts- und der Sicherheitsfrage betraute Sonderkomitee zu Beginn des Jahres 1928 zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten wird.

## Geplante Oceanflüge.

**Doboken.** Chamberlin erklärte gestern, falls er nach seinem Probeflug mit dem Flugzeug „Dawn“ die Ueberzeugung gewönne, daß es flugtüchtig sei, so werde er versuchen, die „Dawn“ über den Ocean zu steuern. Er hoffe auch, bald den Dauerweltrekord wiederzuerlangen.

Thea Rasche hat Frau Grafson telegraphisch ihre Dienste als Wirtskotrin angeboten.

# Die Erklärung Schacht-Reinhold.

**Berlin. (Tel.)** Nach einer Meldung der Berliner Zeitung hat am Dienstag die Besprechung des Reichspräsidenten Dr. Schacht mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über die Frage stattgefunden, wie weit die Reichsbank bei der Auslegung der 500-Millionen-Anleihe des Reiches herangezogen und über die Einzelheiten der Anleihe unterrichtet werden ist. Die Beratung war dadurch notwendig geworden, daß Dr. Schacht in seiner Rede vor dem Haushaltsauschuß des Reichstages erklärt hatte, er sei von der damaligen 5% Reichsanleihe völlig überrascht worden. Wie die Berliner Zeitung hört, hat sich bei der Besprechung bestätigt, daß die Reichsbank von dem Bevorzugen der Anleihe unterrichtet gewesen ist, wie sie dann ja auch bei der Auslegung der Anleihe die Führung des Anleihekontos übernommen hat. Der Tarifvertrag über die damaligen Verhandlungen zwischen Reichsbank und Reichsfinanzministerium wurde in einem Communiqué festgesetzt und von Dr. Schacht und Dr. Reinhold genehmigt. Es soll alsbald der Öffentlichkeit übergeben werden.

**Berlin. (Funknachricht.)** Reichsfinanzminister a. D. Dr. Reinhold und Reichsbankpräsident Schacht veröffentlichten gemeinsam folgende Erklärung:

In den Ausführungen, die der Reichsbankpräsident am 17. v. M. vor dem Haushaltsauschuß des Reichstages über die 5prozente Reichsanleihe gemacht hat, stellen wir gegenüber letzteren Äußerungen in der Presse gemeinsam fest:

Es ist richtig, daß die Reichsbank, als sie am 11. Januar den Reichstag erwähnte, von der Absicht der baldigen Besetzung einer Reichsanleihe gemacht hat, welche wir gegenüber letzteren Äußerungen in der Presse gemeinsam feststellen. Es ist richtig, daß die Reichsbank, als sie am 11. Januar den Reichstag erwähnte, von der Absicht der baldigen Besetzung einer Reichsanleihe gemacht hat, welche wir gegenüber letzteren Äußerungen in der Presse gemeinsam feststellen. Es ist richtig, daß die Reichsbank, als sie am 11. Januar den Reichstag erwähnte, von der Absicht der baldigen Besetzung einer Reichsanleihe gemacht hat, welche wir gegenüber letzteren Äußerungen in der Presse gemeinsam feststellen.

legung einer Anleihe, zumal der Markt der leitungsverpflichteten Werte eine lebhaft nachgefragte zu werden begann.

Die diese Marktlage damals in der Öffentlichkeit aufgeführt wurde, illustriert ein Bestehen herausgearbeiteter Anleihe im Handarbeit einer großen Aktion, wo es wünschenswert ist, unter diesen Umständen die Anleihe einer Reichsanleihe gerade in dem letzten Augenblick besonders zu sein. Die Bedingungen, zu denen die Anleihe angesetzt wird, lassen bezüglich der Einzahlung, in wie großem Umfang sich der Bundeshaushalt wieder dem normalen Maß nähert.

Nach vor einem halben Jahre wäre die Anleihe einer Reichsanleihe mit 5 Prozent Nominalverzinsung bei einem Kuponfuß von 25 Prozent unbedenklich gewesen. Heute, wo 5prozente Hypothekendarlehen zu 12 1/2 bis 17 1/2 Prozent, 3prozente Stadtschulden zu 10 bis 15 Prozent notieren, erscheint der Kuponfuß nicht mehr attraktiv.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß bei den genannten Werten die Anleihe wesentlich dadurch beeinflusst ist, daß es sich um Anleihe handelt, die im Hinblick auf den Markt bei öffentlichen Stellen mit Verpfändungsverpflichtung versehen und auch die restlichen 100 Millionen Mark seit von den Banken übernommen sind, statt im Publikum Absatz finden wird.

Diese Beurteilung der Marktlage war im Reichsfinanzministerium für die Anleihe eines 5prozenteigenen Typus maßgebend, dem die Reichsbank, die am 10. Januar von der Reichsbank informiert worden war, zustimmte, während die hinsichtlich des Betrages eine niedrigere Summe empfahl. Nachdem aber das Reichsfinanzministerium die vom Konsortium gewünschte Marktlage von weiteren Reichsanleihen bei einem niedrigeren Betrage nicht abhängig zu lassen zu können, haben weder die Konsortialmitglieder noch die Reichsbank Einwendungen erhoben.

Dr. Reinhold fügte hinzu, daß er der heute früh in der Berliner Zeitung veröffentlichten Notiz völlig zustimmt und ihren Inhalt nicht billigt.

**Hindenburgs Dank an die freie Wohlfahrtspflege.**  
600 Freiplätze für gründliche Kur in den Erholungsheimen.

Reichspräsident von Hindenburg hat den in der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege vereinigten Spitzenverbänden in einem besonderen Schreiben seinen Dank dafür ausgesprochen, daß sie ihm an Stelle einer Zuwendung zur Hindenburgstiftung in ihren Erholungsheimen 600 Freiplätze für Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene, sowie für sonstige Kriegsoffer und Opfer der Kriegsfolgen zur Verfügung stellen.



Diese dem Charakter der freien Wohlfahrtspflege entsprechende Hindenburgstiftung hat sich inzwischen auf 600 Freiplätze erhöht. Die Auswahl der Erholungsbedürftigen und die Zuweisungen der einzelnen Plätze wird unter beratender Mitwirkung der freien Wohlfahrtspflege erfolgen. Wie die Aufstellung der Listen der Freiplätze setzt, kann dabei den mannigfaltigen fürsorgerischen Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Seine der verschiedenen Richtungen, konfessionell und interkonfessionell, in allen Gegenden des Reiches am Meer und im Gebirge, bald mit diesen, bald mit einem besonderen Geistesfaktor ausgestattet, haben sich zur Aufnahme bereit erklärt. Es sind Freiplätze sowohl für tuberkulöse Kinder, Jugendliche und Erwachsene, für Kriegswaisen und Kinder von Schwerkranken, für verarmte Rentner und Rentnerinnen, für bedürftige Kriegsschädigte des gebildeten Mittelstandes, für erwerbsfähige Frauen, für erholungsbedürftige Mütter und Hausfrauen, a. m. Die Mehrzahl der Plätze ist — neben solchen in 6 Wochen — für die Dauer von 8 Monaten gestiftet. Auf diese Weise wird eine auf alle Fälle gründliche Kur ermöglicht oder es kann ein Freiwerden mehrerer Erholungsbedürftigen anzuregen kommen.

## Die Ausland-Beratungen wieder aufgenommen.

**Berlin. (Funknachricht.)** Nach mehrwöchiger Pause nahende Ausschüsse des Reichstages heute Mittwoch ihre Beratungen wieder auf.

Der Haushaltsauschuß leitete die allgemeine Aussprache über die Finanz- und Wirtschaftslage, die mit der Beratung der Besoldungsvorlage verbunden worden ist, vorwärts fort.

Ab Ende (Wirtschaftl. Bd.) kritisierte den Optimismus des Reichsfinanzministers und des Reichswirtschaftsministers. In dem Uebernehmen von Auslandsanleihen erblickt eine Gefahr für die Wirtschaft, namentlich für den Mittelstand. Redner stimmt zwar dem Reichsbankpräsidenten zu, daß eine neue Inflation nicht zu befürchten ist, er ähnet aber mit einer schweren Forderung und einer Verleumdung der großen Masse. Deshalb müsse mit der gegenwärtigen Finanzpolitik Schluß gemacht und die Initiative wieder der freien Wirtschaft überlassen werden. Den Innern müsse Einhalt geboten werden.

(Die Sitzung dauert noch an.)

## Die deutschnationale Reichstagsfraktion

trat sie in Unwesenheit des Reichsinnenministers von Reub, des Reichsjustizministers Dergt und des Reichsvereinsministers Dr. Koch zu einer Sitzung zusammen, in der sich mit laufenden Angelegenheiten und zwar hauptsächlich mit der Besoldungsfrage beschäftigte.

**neue Verschärfung der Lage in Rumänien.**

Die Ablehnung einer Koalitionsregierung durch die Nationale Bauernpartei hat in Regierungskreisen große Besorgnisse hervorgerufen. Nach dem Verbot des für den 20. Dezember nach Karlsruhe einberufenen Parteitages der nationalen Bauernpartei sollen weitere scharfe Maßnahmen gegen die Bauernpartei geplant sein. So wollen autorisierte Kreise wissen, daß die Reichsregierung auf die des letzten Carolinteriums, wonach dieser von verschiedenen Mitgliedern der Nationalen Bauernpartei gebildet worden sei, seine Thronansprüche wieder geltend zu machen, gegen diese Verhältnisse vorgehen werde. In die Zusammenkunft wird die Verhaftung des Generalsekretärs der Partei Madariu für möglich gehalten. Auch die Regierungspresse führt eine scharfe Sprache in die Nationalen Bauernpartei, Witzel weißt darauf hin.

## Reichsrat Ratifiziert in Washington.

**Reichsrat Ratifiziert in Washington.**  
Vorsitzender von Prittwitz und Gaffron.

Anstelle des vor kurzem verunglückten Reichsratsvorsitzenden von Prittwitz und Gaffron, der jetzt der deutschen Reichsrat in Rom angeordnet zum Reichsrat in Washington ernannt werden. Reichsratrat von Prittwitz geht dem schließlichen Urteil an und war bereits früher in Washington und dann in Petersburg diplomatisch tätig. Er ist 48 Jahre alt.

daß die Regierung Maßnahmen zum Schutze der bestehenden konstitutionellen Ordnung treffen werde. Independance Roumaine fordert die Nationale Bauernpartei auf, eine kategorische Erklärung abzugeben, ob sie für oder gegen die bestehende Ordnung sei. Andererseits fordert die Bauernpartei angeht die gegenwärtige Situation auf, sie zu ändern. Das Blatt will wissen, daß Bratianscu auch weiterhin die Vertikalisierung luche und im Falle einer vorübergehenden Anerkennung der Thronregelung durch die Nationale Bauernpartei bereit sei, auf das Ministerpräsidium zu verzichten, zugunsten einer neutralen Verfassungskommission. Er hofft, daß auf diese Weise eine Koalitionsregierung gebildet werden könne. Wie der Korrespondent der T. L. erzählt, entspricht diese Meldung des Abspruchs jedoch nicht den Tatsachen. Von der Leitung der Nationalen Bauernpartei wird dem Vertreter der T. L. mitgeteilt, daß eine Verständigung mit Bratianscu ausgeschlossen sei.

## Schwerer Betriebsunfall in Gisleben.

**Gisleben. (Tel.)** Auf dem Wäldersbach bei Wäldersbach a. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Gisleben ereignete sich am Dienstag durch den explosionsartigen Ausbruch nichtständerbarer Gase ein schwerer Betriebsunfall. Von den neun am Unfallort beschäftigten Bergleuten gelang es sechs außer Lebensgefahr zu bringen. Die übrigen drei konnten trotz aller Bemühungen nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden.

## Bermischtes.

**Schwerer Bauunfall in Rönigsberg.** Am Neubau des Postamtes 9 in der Hindenburgstraße auf den Dingen ereignete sich gestern nachmittags ein schwerer Bauunfall. Vermutlich infolge von Bitterungserscheinungen hatte sich eine Verfestung der Betonbede in der Höhe des 2. Stockwerks gelöst. Die Betonbede brach in sich zusammen und riß dabei einen Teil der Umfassungsmauer und das Gerüst mit sich. Von den auf dem Bau befindlichen Arbeitern wurde einer getötet, ein zweiter starb auf dem Transport zum Krankenhaus; außerdem wurden ein Arbeiter schwer und mehrere leicht verletzt.

Der Wohnhauser eingestürzt. Am Döhlenberg wird gemeldet: Im benachbarten Straßebereich wurden gestern morgen durch Großfeuer vier Wohnhäuser mit sämtlichen Wirtschaftsgebäuden eingestürzt. Durch das Feuer sind fünf Familien mit 30 Personen obdachlos geworden. Ueber die Entstehungsbursache des Feuers ist noch nichts bekannt.

Eisenbahnunglück in England. Bei einem Zusammenstoß zweier Personenzüge bei Wore in Berkshire wurden drei Personen ernsthaft und eine Reihe anderer leicht verletzt. Mehrere Wagen wurden zertrümmert.

## Schwerer Verkehrsunfall in Florenz.

**Florenz.** wurden zwei Radfahrer von einem Auto überfahren und getötet. Ein dritter Radfahrer erlitt bei diesem Unfall leichte Verwundungen und eine weitere Verletzung wurde schwer verletzt.

## Schwerer Flugzeugunfall im fernen Osten.

**Schwerer Flugzeugunfall im fernen Osten.** Nach Meldungen aus Bagdadschiffen ist dort ein Flugzeug im Nebel abgestürzt. Sechs Passagiere und der Führer fanden den Tod.

## Sturm-Probefahrt der „Kap Arkona“.

**Sturm-Probefahrt der „Kap Arkona“.** Der längste Schnelldampfer der Hamburg-Zeit, die 27000 T. große „Kap Arkona“, hat seine Probefahrt gemacht. Unter Ausnutzung der 24000 PS. der Maschinen wurde die kontraktlich vereinbarte Schnelligkeit von 20 Knoten erreicht und überschritten. Der geplante Versuch einer Zusammenarbeit zwischen Ozeandampfer und Großflugboot mußte wegen des schlechten Wetters ausfallen.

## Wunderbare Lebensrettung.

**Wunderbare Lebensrettung.** Wie der Märkische Landesdienst aus Guben meldet, führte dort aus einem Fenster im 3. Stock eines Hauses ein Kind auf die Straße. Ein Radfahrer, der vorüberkam, sah das Kind herunterstürzen und konnte es auffangen, so daß dem Kleinen nichts passierte.

## Selbstmordversuch aus Spielerei.

**Selbstmordversuch aus Spielerei.** In Schönen bei Burg schloß ein Arbeiter mit seinen Kollegen eine Wette ab, er werde Selbstmord begehen, wenn sie vorher eine halbe Tonne Bier zum Besten gäben. Er ging dann nach Hause und erhängte sich. Sein Vorhaben war aber von Leuten beobachtet worden, und es gelang, ihn wieder ins Leben zurückzuführen.

## Selbstmordversuch dreier Schüler.

**Selbstmordversuch dreier Schüler.** In Straßburg bei Weisenburg erhängten sich drei Bräutigamkandidaten im Alter von 6 und 7 Jahren nach der Rückkehr von der Schule mit Taschentüchern an einem Baume. Ältere Schüler konnten die drei noch loskneifen und mit Hilfe Erwachener wieder ins Leben zurückzuführen. Furcht vor Strafe scheint der Grund zur Tat zu sein.

## Tauben ohne Fähe.

**Tauben ohne Fähe.** Ein 16-jähriger Bursche in Weinheim brach Tauben die Fähe ab und ließ die armen Geschöpfe nach Abnahme der Ringe wieder fliegen. Der Bursche soll in die Färlorge kommen.

## Schreckensszenen am Varentätig.

**Schreckensszenen am Varentätig.** Im Schönbrunnener Tierpark stieg ein 62 Jahre alter Handlungsgehilfe über das Gitter des Varentätigs, um dem sonst zahmen Bären ein Stück Zucker zu reichen. Der Bär biss aber nach der Hand des Mannes. Die Zuschauer des Tier beobachteten konnten, hatte es ihm bereits drei Finger zermalmt und die Sehnen der Beugemuskulatur zerrissen.

## Eigenartige Motive einer Brandstiftung.

**Eigenartige Motive einer Brandstiftung.** In dem Methodisten-Hospital in Brooklyn brach ein zunächst unbekannter Ursache ein Brand aus, der mehrere hundert Kranke gefährdete. Infolge der starken Rauchentwicklung mußten viele aus dem Hauptgebäude getragen werden. Bei dem Rettungswerk tat sich ein Hausdiener durch besonderen Heldennut hervor. Später stellte sich heraus, daß dieser Hausdiener habituelles Pyromane ist, der verschiedentlich wegen Brandstiftung verurteilt ist und auch das Feuer angelegt hat, um durch Beweise von Heldennut die Bewunderung einer Dolmetscherin zu gewinnen, in die er verliebt war.

## Wittmordprozess Dehnel.

**Wittmordprozess Dehnel.** Im weiteren Verlauf der Verhandlung gegen die Witwe Dehnel, die angeklagt ist, ihren Arbeitgeber, den Fabrikanten Bergmann durch Arsenit vergiftet zu haben, um in den Besitz des ihr testamentarisch vermachten Erbes zu gelangen, widerlegt zunächst der Bruder der Angeklagten die Aussage des Belastungsbeweises, er sei während der Nacht im Keller gewesen. Der Angeklagte hat bei den Eltern der Angeklagten im Hause wohnt, sagt aus, daß diese ihm bei Gelegenheit gesagt habe, Dehnel hätte ihm einmal einen Streich gespielt, was er ihm auch einmal wieder. Frau Dehnel erklärt, daß sie die Beziehungen ihrer Tochter zu Bergmann erst am Sterbetage erfahren habe. Bei der Vernehmung des Vaters der Angeklagten als Zeuge kommt es zu einem Zwischenfall, als er dem Staatsanwalt vorwirft, daß er mit dem Hauptbelastungsbeweis Otto Bergmann, dem Bruder der Angeklagten, „geoffen“ habe, und daß er deshalb von ihm als Zeuge betrachtet werde. Der Oberstaatsanwalt erklärt schließlich, daß kein Anlaß vorliege, in die Unparteilichkeit des Staatsanwalts Zweifel zu setzen. Die Verteidigung gibt dann im Einverständnis mit der Angeklagten und deren Vater zu, daß auch von ihrer Seite die Unparteilichkeit des Staatsanwalts nicht mehr bestritten werde. Darauf wird die Akten vernommen, die seit 1911 bei Bergmann tätig war. Der Verordnete sei ein kerngesunder Mensch gewesen. Es sei Bergmann einmal eine Sälge und am 24. Januar sei ihm auch eine Lortje zugesandt worden. Der frühere Rechtsanwalt des Verstorbenen bezeugt, Bergmann habe ihm mitgeteilt, daß er im Juli 1924 ein Testament gemacht habe, wodurch er die Angeklagte zur Alleinerbin einsetzte. Als Rechtsanwalt habe er ihr über den Begriff des Alleinerben aufgeklärt, worauf jener ihn um Anfertigung eines anderen Testaments gebeten habe, durch das neben der Angeklagten auch verschiedene Reffen des Bergmann bedacht werden sollten. In den folgenden Tagen werden die Zeugenvernehmungen noch fortgesetzt.

## Der Streit um die Frankfurter Wärdchen.

**Der Streit um die Frankfurter Wärdchen.** Die Wärdchenfabrikanten in Neu-Isenburg wenden sich gegen die Absicht der Frankfurter Fleischermesse, sich den Begriff der „Frankfurter Wärdchen“ schützen zu lassen. Es wird darauf hingewiesen, daß die meisten Frankfurter Wärdchen in Neu-Isenburg gemacht würden. Diese Produktion würde seit fast 1/4 Jahrhunderten dort ausgeübt; sie habe somit einen Anspruch auf die Bezeichnung „Frankfurter Wärdchen“ inzwischen erworben.

Eine ganze römische Babevilla wieder freigelegt. Aus Boos wird gemeldet: Bei Kanalisationsarbeiten wurden die gut erhaltenen Überreste einer großartigen römischen Babevilla freigelegt. Die weitläufige Anlage wird so bloßgelegt werden, daß sie als Sehenswürdigkeit erhalten bleiben kann. Ruher in Trier hat man bislang in Deutschland gleichartige Babevillen nicht gefunden.

Bier-Gel. Ein Mann trieb zwei Hefel zur Stadt. Ein junger Mann, der ihm begegnete, fragte: „Wohin ihr drei?“ „Am vierten vorbei!“ antwortete der Bierweiber-Kollegista.

# Der Bildungsausschuß zum Reichsschulgesetz.

Berlin. (Funkpruch.) Der Bildungsausschuß des Reichstages, der heute um 11 Uhr zusammentrat, setzte die allgemeine Aussprache über das Reichsschulgesetz fort.

## Ministerrat über die Reparationspolitik.

Berlin. (Funkpruch.) Ein Ministerrat beschäftigte sich, wie angekündigt, heute mit dem Gesamtkomplex der Reparationsfragen. Zunächst wurde die Stellungnahme zu dem letzten Memorandum des Reparationsagenten erörtert. Diese Antwort auf das Memorandum wird dem Reparationsagenten voraussichtlich in den nächsten Tagen zugehen. Ferner erörtert das Kabinett den Vorschlag, die Denkschrift des Reparationsagenten gemeinsam mit der deutschen Stellungnahme zu veröffentlichen. In politischen Kreisen wird angenommen, daß diese Veröffentlichung im Laufe der Woche erfolgt, sobald nämlich die deutsche Denkschrift Herrn Parter Gilbert übergeben worden ist.

## Ortslohnzuschläge für die Eisenbahnarbeiter zunächst in Königsberg, Cottbus und Halle.

Berlin. (Funkpruch.) Am gestrigen Montag fanden zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft und den Eisenbahnergewerkschaften die ersten Verhandlungen über die Gewährung von Ortslohnzuschlägen für die Eisenbahnarbeiter statt, in deren Verlauf zunächst für die Dienstorte Königsberg, Cottbus und Halle eine Regelung getroffen wurde. Für Königsberg und Cottbus, die bisher keine Ortslohnzuschläge hatten, wurde ein 5-prozentiger Zuschlag festgesetzt, während der Zuschlag für Halle von 7 auf 12 1/2 Prozent heraufgesetzt wurde. Die Verhandlungen für die übrigen Orte werden in der nächsten Woche fortgesetzt.

## Sechste Funkpruch-Meldungen und Telegramme

vom 2. November 1927.

### Dynas-Mörder und Eisenbahndiebe.

Berlin. (Funkpruch.) In der vergangenen Nacht gelang es Beamten des Eisenbahnüberwachungsamtes auf dem Anhalter Bahnhof, 2 Mitglieder einer Bande von internationalen Taschendieben, 2 Argentinier und auf dem Berliner Güterbahnhof zwei berüchtigte Eisenbahnräuber zu verhaften.

### Deutsches Opfer der Masada-Katastrophe.

Berlin. (Funkpruch.) Das V. Z. meldet aus Pforzheim: Bei dem Untergang der Prinzessa Masada hat der Pforzheimer Dirigent Richard Kappus den Tod gefunden. Bei seiner Familie ist gestern ein Telegramm eingelaufen mit der Mitteilung „Unauffindbar“.

### Die deutsch-rumänischen Verhandlungen.

Berlin. (Funkpruch.) Nachdem der Reichsaußenminister in Genf mit rumänischen Staatsmännern Besprechungen gepflogen hat über eine Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen Deutschland und Rumänien, wurden diese Besprechungen auf diplomatischem Wege fortgesetzt. Wie den Blättern mitgeteilt wird, ist wohl damit zu rechnen, daß vielleicht in nächster Zeit ein Unterhändler nach Rumänien reisen wird, um dort die Verhandlungen fortzuführen.

### Rohenscherweres Spiel mit dem Feuer.

Landesnut. (Funkpruch.) Die jetzt einwandfrei festgestellt wurde, ist der gestern bei der Firma Kinkel A.-G. ausgebrochene Speiserbrand, bei dem 12 000 Kentner Fiachs verbrannt wurden, von 2 sieben Jahre alten Knaben verursacht worden. Die Knaben, Söhne des Fabrikwärters der gleichnamigen Firma, hatten in dem Speicher mit Sädhölzern gespielt.

### Keine Hotelstanzüberkäufe in Vorkum.

Vorkum. (Funkpruch.) Die Gemeinde- und Badeverwaltung teilt mit: Die Nachrichten von mehreren Zwangsverkäufen und Hotelzusammenbrüchen im Nordseebad Vorkum sind unwahr.

### Selbstmord im Vollzeigewahrsam.

Wad Salzelmen. In der Dienstag-Nacht erhängte sich in der Unterungshalle des Polizeireviere der Wandmirt Gate aus Rodlungen bei Braunshweig, der zusammen mit seinem Verwalter am Montag unter Brandstiftungsverdacht verhaftet worden war. Gate, der in Rodlungen eine eigene Landwirtschaft besaß, hatte im Grobe a. G. noch eine Wirtshaft gepachtet, deren mit Getreide gefüllten Scheunen vor einigen Tagen verbrannten. Der Wert des verbrannten Getreides betrug ca. 80 000 Mark. Im ganzen sind Gate bis 120 000 Mark Schulden nachgewiesen.

### Direktor Jungbans gestorben.

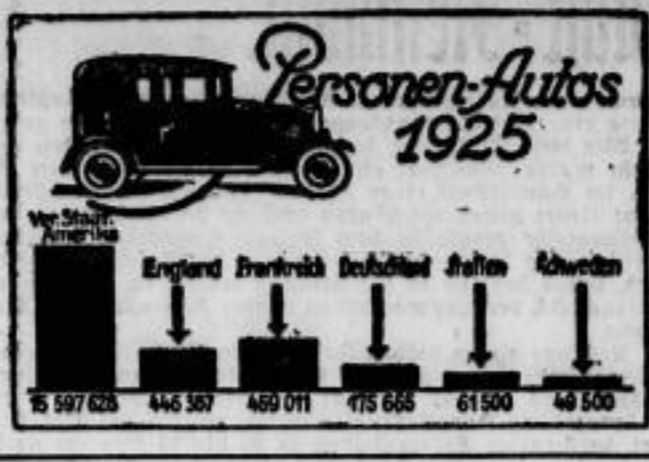
Stuttgart. (Funkpruch.) Der Direktor der Uhrenfabriken Gebrüder Jungbans A.-G. in Schramberg Dr. Jungbans ist auf einer Geschäftsreise in Mailand im Alter von 50 Jahren an einem Herzschlag gestorben.

### Ein heftiger Regierungsbeamter unter dem Verdacht des Landesverrats.

Darmstadt. (Funkpruch.) Regierungsrat Fuchs, Beamter im heftischen Ministerium des Innern, wurde unter dem Verdacht des Landesverrats seines Amtes enthoben. Der Antischuldigung liegt die Tatsache zu Grunde, daß man bei der Festnahme einer Frau in Mainz, die mit Franzosen in intimen Beziehungen stand, wichtige Akten fand, die nach der Aussage der Verhafteten von Regierungsrat Fuchs stammten. Fuchs hatte zuletzt im Ministerium des Innern das Ministerat für Polizeiwesen. Der Fall erregt in ganz Hessen großes Aufsehen.

### Die Gemeindevahlen in England.

London. (Funkpruch.) Nach den heute mittag veröffentlichten Zahlen haben bei den Gemeindevahlen in England und Wales die Arbeiterpartei einen Gewinn von 110, die Konservativen von 7, die Liberalen von 8 und die Unabhängigen von 15 Sitzen zu verzeichnen. Dagegen verlieren die Arbeiterpartei 11, die Konservativen 69, die Liberalen 31 und die Unabhängigen 27 Sitze. Die Arbeiterpartei hat besonders in den industriellen Bezirken neue Sitze gewonnen.



## Sprechsaal.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die vorstehende, nicht die ideelle Verantwortung.)

### Zur Erwiderung auf das Eingefandte des christlichen Elternvereins.

Der christliche Elternverein will in seinem Eingefandte die von mir veröffentlichten Zahlen und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen widerlegen. Er verfährt dabei nach dem sehr einfachen aber sehr unfairen Rezept: Die Ausführungen des Herrn G. gefallen mir nicht, also sind sie falsch.

Anstatt an der Hand der amtlichen Zahlen (Reichsschulstatistik, Ergebnis der Elternratswahlen), des Reichsschulgesetzentwurfes und der sächsischen Schulgesetzgebung den Kern meiner Behauptungen zu entkräften, daß nach der Gesetzgebung dieses Entwurfes in Meila 10 bez. 18 Schulen aus bisher 5 werden können, klammert er sich an Nebenfragen, wie z. B. die Verteilung der Kinder auf die verschiedenen möglichen Schularten. Ich behaupte nach wie vor, daß Verschiebungen in der Besucherzahl der einzelnen Schularten gar nichts an der Tatsache ändern, daß nach der Zusammenlegung der Meilser Bevölkerung und auf Grund dieses Gesetzentwurfes aus den bisherigen 5 Volksschulen 10 bez. 18 werden können. Diese Tatsache widerlegt man nicht damit, daß man in unfaßlicher, unchristlicher Kampfesweise einfach behauptet, meine Zahlen seien — unzutreffend — auf unsicheren Grundlagen aufgebaut, „aus sehr dürftigen Gründen“ erträmet, „um die Öffentlichkeit zu täuschen“. An Stelle sachlicher Widerlegung der mihlungenen Verleumdung, den Gegner verächtlich zu machen!

Der Raum für sachliche Auseinandersetzungen ist im Rahmen einer Zeitung natürlich sehr beschränkt, ich möchte aber dem christlichen Elternverein in einer öffentlichen Diskussion unter einem unparteiischen Vorsitzenden gern Gelegenheit geben, meine Zahlen und Behauptungen zu widerlegen. Nach den starken Worten seines pädagogischen Sachberaters wird es diesem ja sicher ein Vergnügen sein, die angelegentlichsten Behauptungen mit Tatsachen zu belegen. Ich sehe also einer geneigten Antwort entgegen, wann und wo das geschehen soll. Einen Fehler meiner Darlegungen möchte ich allerdings vor aller Öffentlichkeit richtig stellen, den hat der christliche Elternverein anscheinend übersehen: Ich habe nämlich meine Berechnungen ausschließlich ausgangen von der weilschen Schule und der Gemeindefortschule gemacht, um nicht in den Verdacht der einseitigen Stellungnahme zu geraten. In Wirklichkeit bin ich überzeugt, daß diese Schulen einen viel härteren Zustand finden werden. Aber auch diese sehr wahrscheinlichen Verschiebungen werden nichts an den endgültigen 10 bez. 18 Schulen ändern, wenn der Entwurf, was ich bestimmt nicht annehme, Gesetz werden sollte. Der Hinweis des christlichen Elternvereins auf den geordneten Schulbetrieb, der gesetzlich noch nicht geklärt sei, ist besonders bemerkenswert. Ich habe nach der geltenden Rechtslage die 2-Klassige Volksschule als Mindestform angenommen. Aber der christliche Elternverein will diese Mindestforderung aber noch weiter herabschieben. Aus einer Notiz im Meilser Tageblatt geht hervor, daß die christl. Elternvereine von Zeitz, Großschalen, Meilen auch die einklassige Volksschule als geordneten Schulbetrieb anerkannt wissen wollen. Warum haben sie die gleiche Forderung nicht für die höhere Schule erhoben, in die die meisten ihrer Anhänger doch die eigenen Kinder schicken? Ich bitte die Leser, das festzuhalten: Für die Volksschule soll nach diesen Forderungen, auf deren Verwirklichung man rechnen — sonst wäre ihre Erhebung sinnlos — auch die Schulform geordneter Schulbetrieb sein, in welcher der/die Lehrer in einer Klasse gleichzeitig 8 Jahrgänge unterrichtet in den ABC-Schritten bis zu denen, die Eltern die Schule verlassen, in der, um nur ein Beispiel zu nennen, im Rechnen etwa in der gleichen Stunde die einen von 1-10 zählen lernen, die anderen malnehmen im unbegrenzten Zahlenraum, die dritten die Bruchrechnung und die vierten das Rechnen von Zinsen. Wenn diese Forderung Gesetz wird, wird die Verwirklichung im Meilser Schulwesen natürlich noch größer.

Besonders laut aber der pädagogische Beirat des christlichen Elternvereins mit seinen Ausführungen über die Wirkung der räumlichen Entfernungen auf die Bildung von Schulen beneben. Hier irrt er sich in dem Maße, in dem er die räumliche Distanz als ein Hindernis für die Erreichung der Ziele der Volksschule darstellt. Vielleicht rechnet sich der Verfasser einmal die Ausdehnung des Schulbezirks aus, der von Pöppitz-Mergendorf bis Mergendorf und Bischofs Döppitz reicht. Es bleiben also nach der Gesetzgebung dieses Entwurfes nur zwei Möglichkeiten: Entweder Bildung jeder möglichen Schulart in allen drei Stadtteilen oder Bau einer Zentralschule in der Bahnhofsgegend.

Bei dem Ausfluge ins Politische, den der christl. Elternverein zur Frage der Bildung des zusammengelegten Schulbezirks Meila unternimmt, entschließt dem Verfasser übrigens ungewollt das Gekändnis, daß er an seine eigenen Behauptungen nicht glaubt; denn mit einer eleganten Wendung verliert er die unangenehmen finanziellen Wirkungen des Reichsschulgesetzentwurfes plötzlich denen auszuweichen, die Einverleibungen von politischen Gemeinden und Schulgemeinden mit allen Mitteln betrieben hätten. Wenn der christliche Elternverein meint, es sei nicht seine Sache zu untersuchen, wer das gewesen sei, so müssen wir ihm völlig Recht geben, weil das natürlich jedes Kind weiß: die Umverteilung von Gröbda ist auf einstimmigen Beschluß des Meilser Stadtvorordnetenkongresses erfolgt und die Einschulung von Pöppitz und Mergendorf gegen den Willen des Schulbezirks auf Verordnung des Ministeriums. (Ich persönlich habe mich damals gegen diesen Zwang in einer öffentlichen Sitzung des Schulbezirksvorstandes gemeldet!) Obendrein beweist der Hinweis auf die Einverleibungen ufm. haargenau das Gegenteil von dem, was der christliche Elternverein beweisen will. Wenn nämlich die Zusammenfassung dieser Gemeinden zu einem Schulbezirk nicht erfolgt wäre, dann würde die Zahl der Schulen für die gleiche Zahl von Schülern noch größer; denn befände sich je eine Schule in Mergendorf und in Mergendorf, deren Veranschlagung in je zwei Schulen nach dem Reichlichen Entwurf mit Reichlichkeit erfolgen kann, dann hätten wir auf dem gleichen Raum, bei gleicher Kinderzahl nicht nur 5 Schulen, sondern 12 bez. 13 und im ungünstigsten Falle 14 bez. 17 Schulen!

Die Meinung des christlichen Elternvereins, daß der Schullehrer, die räumliche Entfernung auf die Bildung der Schulen keinen Einfluß hat, wird man sich merken müssen für den ziemlich sicheren Fall, daß in Sachsen die Gemeindefortschule Regellehre bleibt. Der Schulbeirat wird schon sehr gern davon Kenntnis nehmen, daß die konfessionelle Elternschaft keinen Anstoß nehmen wird, wenn ohne Rücksicht auf den Schullehrer nur eine Bekennerschule eingerichtet wird.

Zur Behauptung des christlichen Elternvereins, die sächsische Regierung habe eingesehen, daß ihr Standpunkt, die sächs. Volksschulen seien Gemeindefortschulen, unhaltbar ist, muß ich die bürgerliche sächsische Regierung gegen die Behauptungen ihrer eifrigen Parteifreunde in Schutz nehmen. In welcher demagogischen Art auch gegen sie in diesem Punkte der Kampf geführt wird, geht daraus hervor, daß die Dinge im Eingefandte geradezu auf den Kopf gestellt werden. In der Erklärung der sächsischen Regierung in der Staatszeitung Nr. 290 vom 12. Oktober 1927, aus der das Eingefandte ein Stück zitiert, wird zwar unvollständig und darum sinneentstellend, steht wörtlich: „Es kann daher nicht bezweifelt werden, daß diese allgemeinen Volksschulen (Sachsens) gemäß § 18 Abs. 1 des Entwurfes nach Bekennnissen nicht getrennte Volksschulen mit Religionsunterricht sind und demnach als Gemeindefortschulen im Sinne des § 3 gelten müssen.“ Der wörtlich zitierte Satz des Eingefandtes „die bestehenden allgemeinen Volksschulen in Uebereinstimmung mit § 3 des Entwurfes zu bringen“ hat im übrigen einen entscheidenden Vorlauf, dessen Verletzung beweist, daß der Schreiber des Eingefandtes den Artikel entweder nicht verstanden hat, oder daß er den Sinn der Regierungserklärung absichtlich einstecken wollte. Ich nehme zu seinem Gunste das erstere an. Der Satz lautet nämlich als ganzer Satz: „Aus § 18 Abs. 1 des Entwurfes (und nicht weil die sächsische Regierung die Unhaltbarkeit ihres Standpunktes einsehen hat) folgt, daß die bestehenden allgemeinen Volksschulen in Uebereinstimmung mit § 3 des Entwurfes zu bringen sind.“ Der § 18 spricht aber ausdrücklich von allen drei Schularten (Bekennnis-, Gemeindefortschule und bekennnisfreie Schule). Nach der Logik des christlichen Elternvereins sind demnach die bestehenden Volksschulen keine Bekennnisschulen, weil sie den Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes angepasst werden müssen. Es fällt einem schwer, angesichts solcher Verdrehung des tatsächlichen Sachverhaltes nicht härtere Worte zu gebrauchen.

Der christliche Elternverein tritt bei dieser wie anderen Gelegenheiten als Anwalt der christlichen Eltern auf. Ich betrachte ihm dieses Recht nachdrücklich, denn er umfaßt nur die kirchlich orientierten Eltern, die zum größten Teil nur einen geringen Teil der christlichen Eltern überhaupt ausmachen. Man komme mir, bitte, nicht mit dem Hinweis auf die Ergebnisse der Elternratswahlen; denn da sind ja nach der eigenen Meinung des christlichen Elternvereins „unsichere Grundlagen“ und Folgerungen, die aus ihnen gezogen werden, haben keinen Anspruch auf Richtigkeit. Die große Mehrheit des deutschen Volkes, die mit dem deutschen und sächsischen Lehrerverein, der 92 Prozent aller sächsischen Volksschullehrer umfaßt, das Reichsschulgesetz ablehnt, wünscht die Gemeindefortschule mit gemeinsamem Unterricht in Religion bez. Lebenskunde. Will der christliche Elternverein etwa behaupten, daß die über 160 Hochschullehrer, die nachfolgende Erklärung unterschrieben haben, alle Nichtchristen oder Gegner der christlichen Schulaufsicht? Das kann er ja im Ernst selber nicht glauben. Viele Erklärung lautet:

„Angesichts der schweren Gefahren, welche aus dem vorliegenden Entwurf eines Reichsschulgesetzes dem Frieden und dem Gemeinwohl der Nation zu erwachsen drohen, sehen sich die unterzeichneten deutschen Hochschullehrer veranlaßt, sich mit folgender Kundgebung an Volk und Reichstag zu wenden:

Der Entwurf gibt das Freiheitsrecht des Staates in Schranken bei aller ausdrücklicher formaler Anerkennung der Sache nach preis und unterwirft die Schule in ihrer Gesamtstruktur konfessionellen und weltanschaulichen Gesichtspunkten. Er tritt in ausdrücklicher Weise dem Reichsverständnis entgegen, welches die Gemeindefortschule zur Regel erklärt, indem er diese gleich den übrigen Schularten dem Antragsforderer unterwirft. Er verändert überdies den bestehenden Typus der konfessionellen Volksschule von Grund aus, indem er die Bekennnismäßigkeit nicht auf den Religionsunterricht beschränkt, sondern in andere Richtungen hineinragt. Er läßt befürchten, daß das Bestimmungsrecht über den Charakter einer Schule von Organisationen gebildet wird, welche ihre Aufgabe darin sehen, mit mehr oder weniger geeigneten Methoden die Erziehungsberechtigten unter ihren Einfluß zu bringen. Er gefährdet die Freiheit des Lehrerstandes, trägt dem kulturpolitischen Kampf um die Schule bis ins Dorf und in die Familie hinein und macht sie zum Spielball konfessioneller, weltanschaulicher und parteilicher Gruppen. Die Bildungseinheit der Nation zu vertiefen, nicht ihre Spaltung und Zersplitterung zu fördern, sollte Aufgabe des Reichsgesetzgebers sein.“

Unter den 1600 (hundertsechshundert) Hochschullehrern, die diese Erklärung unterschrieben haben, sind die meisten aller Parteimitglieder, deren Mehrzahl der christlichen Kirche angehört.

Der christliche oder besser wohl kirchliche Elternverein will sich in seinem Kampfe um die konfessionelle gebundene Schule nicht bezirren lassen. Er nennt diesen Kampf einen Kampf um die christliche Schule. Wie wäre es denn, wenn auch dieser Kampf in christlichem Geiste geführt würde, ohne Irreführung der öffentlichen Meinung und nicht hinter verschlossenen Türen unter Ausschluß der Öffentlichkeit? Wir meinen nämlich, daß zu den christlichen Lehrern, die doch wohl nicht nur auswendig gelernt, sondern auch in die Praxis eingesetzt werden sollen, das 8. Gebot mit der innerlichen Erklärung gehört.

Gerhard Günther.

## Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe.

November	Moldau		Eger		Elbe					
	Ra-malf	Ro-bran	Laun	Rim-burg	Went-it	Mel-nit	Zeit-merzig	Auf-fig	Dres-ben	Mies
1.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

## Marktberichte.

Großhandl. Schweinemarkt Dienstag, den 1. November. Preis eines Ferkels: 10—13 M. Zufuhr: 118 Ferkel. Geschäftsgang: schlecht.

Amlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 1. November. Getreide und Mehl pro 1000 kg, pro 100 kg in Reichsmark. Weizen, märkischer 242—245, pomm. —. Roggen, märkischer 238—240, märkischer, neu — pomm. —. Gerste, Sommergerste 230—235, neue Wintergerste —. Hafer, märkischer 20—21, sächsisch. —. Reis, loco Berlin —, Wagon frei Hamburg 191—193. Weizenmehl, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken über Notiz) 31,00—34,50. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad 31,75—32,50. Weizenkleie, fr. Berlin 14,50 b. 14,75. Roggenkleie, fr. Berlin 14,75—15,00. Weizen 385—340. Weizen —. Vitoria-Erdäfen 52,00—57,00, kleine Speise-Erdäfen 55,00 b. 37,00. Futtererbsen 22,00—24,00. Weizen 21,00—22,00. Futtererbsen 22,00—24,00. Weizen 22,00—22,50. Futtererbsen 15,00—16,20. Weizen 22,00—22,50. Futtererbsen 10,00—10,80. Sojabohnen 20,00—20,40. Kartoffeln 23,20—23,60.

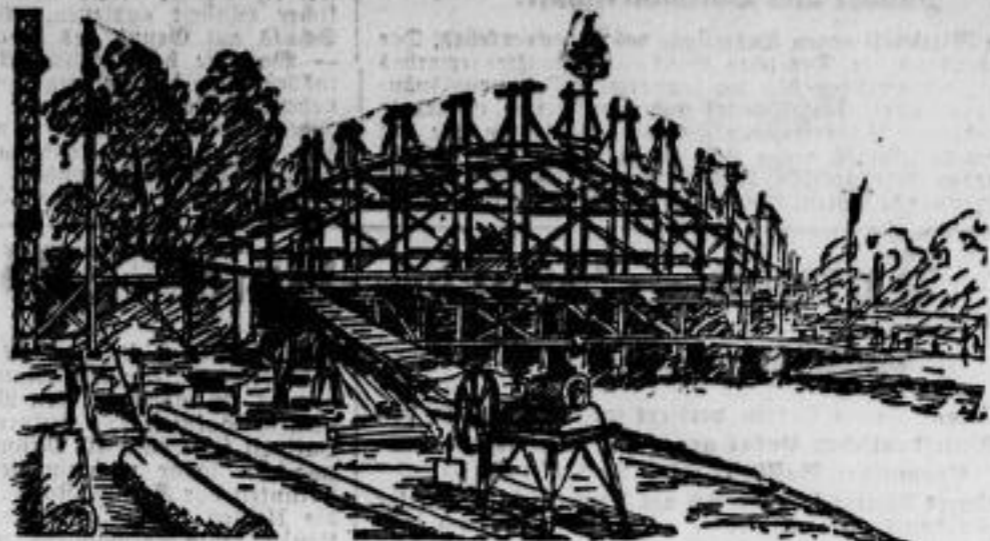








**Ankunft Ruth Eibers und des Piloten Galdemann in Paris.  
Stürmische Begrüßung auf dem Flugplatz de Bourget.**



**Richtfest im Schwabenlande.  
Eine 40 Meter lange Eisenbetondecke wird bei Gutingen über die Enz gebaut.**



**In Paul de Lagarde  
100. Geburtstag.**

Am 2. November 1827 wurde der Orientalist Paul de Lagarde in Berlin geboren. Er hat neben vielen philologischen Werken und Gedichten auch Flugschriften über religiöse, politische und Erziehungsfragen veröffentlicht.



**Eröffnung des Maas-Waal-Schiffahrtskanals.  
Im Beisein der Königin von Holland und des Prinzenamals wurde in diesen Tagen der Schiffahrtskanal eröffnet, der Maas und Waal miteinander verbindet und für Schiffe bis 2000 Tonnen befahrbar ist. Die Königin bei der Eröffnung, neben ihr der Minister für Wasserwesen, v. d. Vegt, hinter ihr Prinz Heinrich der Niederlande.**



**Zur Wiederaufnahme  
der Verhandlungen mit Polen.  
Der polnische Gesandte Osskowski, der mit der deutschen Regierung über den Abschluß eines Handelsvertrages verhandelt. In politischen Kreisen hat man den Eindruck, daß noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, ehe diese Angelegenheit in wünschenswertem Maße in Gang gebracht werden kann.**



**Der griechische Staatspräsident  
Konstantinos,**

auf den von einem dreißigjährigen Kommunisten ein Attentat verübt wurde. Der Staatspräsident ist an der Schläfe getroffen.

**Fußballkampf  
Ostholand-West-  
deutschland  
in Düsseldorf.**

Ostholand verstand es, der westdeutschen Mannschaft sein typisches halbhohes System aufzuzwingen. Die zahlreichen Angriffe wurden meist durch die äußerst flinken Flügel eingeleitet, die durch plötzl. Seitenwechsel die westdeutsche Hinter-Mannschaft hart auseinander der zogen. Dadurch war Ostholand sehr im Vorteil u. gewann 3:2.



**Wärmestricke ohne Nadel.**

Während man bisher die Strümpfe kopfen mußte, kann man sie jetzt mit einem Plakat ausbeßeln. Dieses Plakat ist ein in allen Fasern erdägliches Stoffgewebe, dessen summierte Seite man mit einem heißen Eisen auf die schadhafte Stelle auspreßt.



**Ein deutsches Plakat in Amerika preisgekrönt.  
In einem amerikanischen Preiswettbewerb hat das Plakat der Kurverwaltung Bad Kreuznach nach einem Entwurf von Prof. Holzwein-München den ersten Preis erhalten.**



**Die Diebinnen „arbeiten“.**

Eine Methode, die mit bestem Erfolg angewendet wird: Die Diebin hat eine künstliche Hand und eine Hand auf dem Ladentisch, während die andere damit beschäftigt ist, wertvolle Gegenstände in eine im Rock befindliche Tasche wandern zu lassen.

